





Buchten, Meeren und Flussmündungen innerhalb dieser Grenze und nächst der Küste gelegenen Inseln, gegen alle Schiffe aller Nationen. Allen Schiffen, welche innerhalb des Blockadegebiets sich befinden, wird eine Frist von 48 Stunden zum Verlassen des Blockadegebiets gewährt, d. h. bis um 8 Uhr früh des 12. April 1918.

Eigenhändig gegeben an Vord. E. M. King Edward VII, 10. April 1918.  
Burney,  
Vizeadmiral und Kommandant  
der vereinigten Flotte.

Die Blockade umfasst also auch die Bucht Giovanni di Medua, in welcher die Serben bisher ihre Hilfstruppen und ihre Fourage anschliffen, sobald sich der Schlag auch gegen Serbien richtet.

### Die Entschädigungsfrage für Montenegro.

Wien, 10. April. Die Blätter erfahren von unterrichteter Stelle zu den verschiedenen Nachrichten, nach denen König Nikolaus von Montenegro für seinen Verzicht auf Skutari durch territoriale und finanzielle Zugeständnisse entschädigt werden sollte, daß das Konzept der Entschädigung sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt. Andererseits ist es wohl möglich, daß einzelne Mächte untereinander bereits Verhandlungen darüber gepflogen haben. Jedenfalls ist es ganz ausgeschlossen, daß Montenegro eine territoriale Entschädigung auf Kosten Albaniens erhält, dessen Grenzen im Norden und Nordosten bereits endgültig festgesetzt sind.

### Von der Tschataldtschalinie.

Konstantinopel, 10. April. Der offizielle Kriegsbericht meldet: Im Laufe des gestrigen Tages fand am linken Flügel der Tschataldtschalinie ein leichter Artilleriekampf statt. An den anderen Punkten der Tschataldtschalinie ereignete sich nichts Neues. Vor Bulair ist Ruhe. Gestern bombardierte ein griechisches Torpedoboot den südlich von Uvalat gelegenen Ort Nyssamali. Ein von der Küstenartillerie abgefeuertes Schrapnell fiel auf die Kommandobrücke des Torpedobootes, worauf sich das Torpedoboot von der Küste entfernte. Hierauf wendete sich das Torpedoboot gegen das Kap Sarimust Burnu und gab einige Kanonenschüsse gegen die zur Beobachtung des Feindes dienende Truppenabteilung ab, ohne Schaden anzurichten.

### Geheimvertrag

#### zwischen Serbien und Griechenland?

Paris, 10. April. Der Korrespondent der „Liberie“ in London telegraphiert seinem Blatte: Ich höre von unterrichteter Seite, daß ein Geheimvertrag zwischen Serbien und Griechenland besteht, die bulgarischen Ansprüche, betreffend Saloniki und Monastir, zurückzuweisen. Die bulgarische Regierung erhielt Kenntnis von dem Uebereinkommen und versucht deshalb, den Friedensschluß zu beschleunigen, in der Furcht, große Schwierigkeiten mit ihren früheren Mitteln zu haben. Auch betrachtet Bulgarien die in Adrianopel herrschende Cholera als ein Hindernis für weitere militärische Operationen bei Gallipoli und an der Tschataldtschalinie.

### Die russische Regierung verteidigt sich.

Petersburg, 10. April. Die russische Regierung wird heute ein Communiqué über ihre Tätigkeit in der albanischen Frage und in der Angelegenheit Skutaris veröffentlicht. Daraus wird betont, daß Rußland seine Zustimmung zu einem autonomen Albanien mit Einschluß Skutaris gegeben habe. Es ist die Absicht der russischen Regierung, durch die Veröffentlichung dieses Communiqués ihr Verhalten in der letzten Zeit klar festzulegen, um allen gegenteiligen Mitteilungen entgegenzutreten und Verdächtigungen, die in gewissen Blättern erhoben wurden, zurückzuweisen.

### Politische Uebersicht.

#### Zusammenfassung der liberalen Kräfte.

Ueber das nationalliberal-fortschrittliche Landtagswahlbündnis giebt die „Kreuzzeitung“ die volle Schale ihres Lobes aus:  
Ueber den nationalliberalen Kreistag, und was noch auffällender ist, über den Wahlausruf der preussischen Nationalliberalen schweigt die Fortschrittspresse, so redselig sie sonst ist, sich völlig aus. Was soll sie auch dazu sagen? Die Fort-

### In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schalljer.

(Nachdruck verboten.)  
Auf einmal blieb er stehen. Was war das? Schimmerte da nicht etwas Weiße aus der Haustür heraus? Das war doch wunderbar, um diese Zeit. Richtig ging es ihm heiß durch den Körper. Es war das Haus der Engelbrecht. Es muß eine Witwe oder welche Schürze sein. Auf wen die warten mochte? In einer Stadt gab es doch viele geheime Dinge. Carljen regte sich nicht. Er stand wie angewurzelt, die Hände gehalten, von einer dunklen Nacht. Er war ganz heiß vor Spannung und Stammen. Die Augen glänzten in Erwartung. Es kam aber niemand. Das Weiße in der Haustür blieb unbeweglich; es war noch immer da, aber es kam niemand. Schließlich sagte er sich, daß er weiter machte. Es könnte ausfallen, als wenn er lauschen wollte, und mit diesen Worten war nicht gut nichts zu machen. Man konnte nie wissen, auf wen das Weiße wartete. Hoffentlich hatte sie ihn nicht bemerkt. Carljen war etwas unsicher geworden. Wie mit schlechtem Gewissen und doch in geheimer Spannung ging er weiter. Er wünschte nur, diesen Weibern zu verzeihen. Nun war er ganz nahe herangekommen. Seine Spannung stieg aufs Höchste. Das Weiße war noch immer da. Geheimnisvoll und unbeweglich.  
„Guten Abend, Carljen“, sagte es gedämpft und leise.  
Er blieb stehen. Es war etwas in dem Stuhl, das ihn so warm durchdrang. Oder wollte sie ihm nur zeigen, daß er erkannt war?  
„Carljen“, kam es flüsternd und mit heimlichem Lachen.  
Es klang so verschwommen.  
„Was ist das?“ Er sprach unwillkürlich rauh, wie wenn die dunkle Nacht zu bannen. Sie stand aber unbeweglich in der Tür.  
„Nennen Sie!“  
Er fühlte, daß die Weine schwarz wurden, aber es zog ihn an. Er näherte sich. Es war ihm, als ginge er in einen Abgrund; aber er ging. Nun stand er im Dunkel bei ihr.  
„Es war die Schwärze.“  
„Guten Abend“, sagte er gedämpft. Er war heiß und schweißgebadet.  
„Guten Abend.“ Sie zog ihn in den Schatten der Tür hinein, dann schlang sie seine Arme um ihn und küßte ihn.  
D. 2.

schrittliche Volkspartei ist nun einmal mit den Nationalliberalen fast überall für die bevorstehenden Landtagswahlen verbündet, sie muß daher im eigenen Interesse den Schein aufrecht erhalten, als seien im wesentlichen die Ziele des Nationalliberalismus identisch. Wie sehr jedoch dieser Schein trägt, kann man aus dem nationalliberalen Wahlausruf ersehen. . . .

Der Inhalt dieses Wahlausrufes erweckt bei der „Kreuzzeitung“ den Verdacht, „als richte er sich direkt gegen die verbündeten Fortschrittler“. Das wird dann an allen Einzelfragen — Wahlrecht, Volkspolitik, Verhältnis zur Sozialdemokratie — näher ausgeführt, und weiter wird gesagt:

Ist es denn denkbar, daß zwei Parteien, die — wie hier ersichtlich ist — auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete ganz entgegengesetzte Ziele verfolgen, auch nur taktisch zusammengehen können? Wenn die nationalliberale Parteileitung ihren Wählern, denen sie dieses Programm unterbreitet, zumutet, mit der fortschrittlichen Volkspartei im Kampfe gegen rechts gemeinsame Sache zu machen, so schädigt sie ja ihre eigene Sache, so strafft sie ihren Wahlausruf. Und dabei ist die Absicht, in dem Ausrufe die Schwärzung der Nationalliberalen von ihren Bundesgenossen recht deutlich zum Ausdruck zu bringen, unerwünscht. Denn andererseits wäre es kaum zu erklären, weshalb darin gegen den Abbau der Zölle — also zu einer rein wirtschaftlichen Frage — überhaupt Stellung genommen wird. Die Fortschrittler schweigen zu dem allen.

Ja, was sollten sie auch sagen? Die Sache ist wirklich zu unangenehm!

### Angst vor Sozialismus.

Der bergbauliche Verein hat in einer Eingabe an das Reichsfinanzamt gegen das Petroleummonopol protestiert und ihm staatssozialistische Tendenzen vorgeworfen. Der Reichssekretär hat sich nun beeilt, in einer Antwort an den bergbaulichen Verein diesen schrecklichen Verdacht zurückzuweisen. Er schreibt dazu:

Die Entschlebung des Vereins ist wesentlich damit motiviert, daß für die Einbringung des Entwurfs außer den in der Begründung der Vorlage enthaltenen Ausführungen noch Erwägungen gewissermaßen allgemein staatssozialistischer Natur maßgebend gewesen seien, wie sie außer in Artikeln der „Sozialen Praxis“ und der „im gleichen Fahrwasser“ gelegenen demokratischen Presse“ auch in einer Abhandlung eines meiner beteiligten Referenten enthalten sein sollen. Letzteres kann schon um deswillen nicht zutreffen, weil die erwähnte Abhandlung keineswegs das Leuchtölmonopol als erstes Glied einer Kette von Sozialisierungen“ aufweist und auch sonst, wie ich mich überzeugt habe, in keiner Weise staatssozialistische Anschauungen enthält; die in dieser Hinsicht mehrfach gemachten Ausführungen in der Presse müssen auf einem Mißverständnis beruhen. Es erscheint mir überhaupt nicht zulässig, die private wissenschaftliche Arbeit eines Beamten zur Unterlage von Angriffen gegen einen Gezeugentwurf den verbündeten Regierungen zu nehmen.

Diese Angst vor einem Wort wirkt wirklich nichts weniger als erhaben. Aber auf Worte kommt es ja nicht an. Möge doch das Reich alle Großbetriebe, besonders auch die Kohlenproduktion monopolisieren und unter demokratische Kontrolle stellen. Wir sind dann gerne bereit, dem Staatssekretär, der diese Maßregel durchführt, es schriftlich zu geben, daß sein Vorhaben mit so schrecklichen Dingen wie Staatssozialismus auch nicht das Entfernteste zu tun hat.

### Ein Versuch zur Wahlrechtsetzung der Insassen von Heilanstalten.

Der Wahlprüfungskommission des Reichstags lag am Mittwoch, den 9. April, ein längeres Schreiben des leitenden Arztes der Privat-Heilanstalt Reiboldsgrün und Vorsitzenden des sächsischen Volksheilstätten-Berlins für Lungenkranke Hofrat Dr. Felix Wolff vor, der, anscheinend angeregt durch die Reichstagsverhandlungen über den Fall Dergin, die Kommission ersuchte, durch geeignete Schritte künftighin zu verhindern, daß Insassen von Lungenheilanstalten zur Beteiligung an Wahlen zugelassen werden. Als Gründe zu seiner Stellungnahme führt er das Wohl der Patienten ins Feld; die Kranken bedürften der Ruhe, jede Aufregung sei ihnen schädlich. Seit 14. Dezember habe er wiederholt beobachtet, daß sich die Kranken der nahegelegenen Volksheilstätte Albertsberg zur Wahl drängten, während die Kranken in Reiboldsgrün „auf ärztliche Mahnung hin gerne auf die Wahlbeteiligung verzichteten“.

Carljen stand ganz in der Ede. Sie hielt ihn noch immer fest umschlungen. Er fühlte ihren heißen Atem und küßte ihren ganzen Körper, der ihm zu brennen schien. Dann und wann küßte sie ihn. Er küßte sie wieder, ohne zu wissen, was er tat. Er zitterte vor Erregung. Wo kamen diese Namen her?

„Wir wollen hineingehen. Es ist kalt.“ Sie klinkte leise die Tür auf. Carljen folgte. Sie hielt ihn an der Hand. Ihre Hand war weich und warm.

In der Finsternis des Flures umschlang sie ihn wieder und küßte ihn. Es war ihm, als wäre die Tür zur Welt hinter ihm ins Schloß gefallen. Es gingen dunkle Schauer durch das alte Haus. Er stand an einem Orte der Sünde. Aber die Bräuden waren abgedrohen. Eine leise Juchst rann durch die heiße Erwartung, die Furcht vor dem nächsten Treiben. Es war ihm, als wenn er Mitglied eines geheimen Bundes geworden wäre, der auf höchst geheime Dinge ausging, wenn die anderen schliefen. Er war im Fluß aber auch fester geworden. Er fühlte sich geborgen, er war mit ihrer heißen Hand allein. Sie trank seine Küsse, während er immer ihren Körper an seinem brennen küßte, diesen Körper, der in einem unheimlichen Feuer glühte. Und er gab sich hin.

„Kommen Sie, oben ist geheiß.“

Sie leitete ihn bis an die Treppe und ging voran. Er sah nichts. Er hörte nur die Treppe unter ihren starken Tritten ächzen und ihr Kopf stieß ihm durchs Gesicht. Sie ging ganz ungeniert, als wäre sie die Herrin hier, während er kaum aufzutreten wagte. Sie wartete oben, bis er nachkam. Dann faßte sie leise seine Hand und führte ihn über den kleinen dunklen Vorraum. Er erschau, als die Tür geöffnet wurde, das Zimmer war blendend hell erleuchtet. Er wußte nicht, daß in diesem Hause jeder Lichtschein abgeperrt war.

„Liegen Sie ab.“

Sie küßte seinen Hals und küßte ihn. Er sah ihr zum ersten Mal in die dunklen, lebenden Augen. Er stand so verblüffert und unbeholfen wie ein Schuljunge. Sie küßte sein und stieß ihn leicht die Wangen. Den Kopf hängte sie an einem Ständer. Als sie zurückkehrte, stellte sie sich vor ihn hin; um ihre Lippen lag ein Lächeln, wissendes Lächeln.  
„Liegen Sie ab!“  
Carljen warnte sie, aber zögerte. Es brach wie Feuer in ihr Herz; wie eine Rut der Sinne. Sie küßte gleichsam mit den Zähnen und presste ihn wie mit Eisenarmen an sich.  
„Küß mich!“ befohl sie in herrlichem Tone. Er wußte ihren heißen Atem

Daß neben der Sorge um das Wohl der Patienten in menschenfreundlichen Arzt auch noch andere Gründe zu sein Vorgehen leiteten, zeigt folgender Passus seines Schreibens:

„Als eine Frage, die nicht ärztlicher Art ist, sei nur Frage gestellt, ob es denn wohl dem Sinne des Gesetzes spricht, daß Heilstätteninsassen während ihrer kurzen Kur, jeden Augenblick durch Anordnung des Arztes beendet werden kann, in einem Kreise zu wählen berechtigt ist, der Interessen ihnen völlig fremd und gleichgültig sind und dem sie nicht durch Arbeitsstätte, Wohnort der Familie, Steuerlast etc. verbunden.“

Daraus spricht doch nur das Bedauern über die Ungültigkeitserklärung des Mandats des konservativen Herrn v. Dergin. Die vorstehenden Aeußerungen beweisen zugleich, daß der Hofrat recht wenig zum objektiven Beurteiler dieser Frage taugt. Sehr interessant ist auch das Zugeständnis, daß die Patienten in Reiboldsgrün auf seine ärztliche Mahnung“ hin der Wahl fernblieben, besser gesagt, dadurch um ihr Wahlrecht kam. Darüber dürfte wohl auch der Herr Hofrat nicht im Zweifel sein, daß, wenn von einer Beunruhigung der Patienten zu Wahlrecht gesprochen werden kann, dies doch nur durch die Agitation vor der Wahl — worüber sie in den Zeitungen lesen — ab nicht durch das Wählen selbst geschehen kann. Im Gegenteil, die Gemeindeglieder mußte es an solchen Tagen schwer niederdrücken, wenn man ihnen das Wahlrecht nehmen und sie damit zu Staatsbürgern zweiter Klasse stampfen würde. Das waren wohl auch im wesentlichen die Gründe, die die Mitglieder der Wahlprüfungskommission veranlaßten, über das Schreiben des Herrn Hofrates ohne Diskussion zur Tagesordnung überzugehen.

### Der empfindliche Reichsverbandsgeneral.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte Dienstag Abend aus Anlaß der Bemerkungen, die Generalleutnant v. D. Liebert in Reichstags über das Eindringen von „Fremdbürgern“ in das Offizierskorps gemacht hatte, ein wenig den Zeit gelesen. Da über scheint sich v. Liebert beliebt zu fühlen, denn die ihm nachstehende „Post“ und die „Tägl. Rundschau“ berichten, daß Herr v. Liebert gegen das „Tageblatt“ die Verleumdungsklage anstrengen werde.

Das „Tageblatt“ bemerkt dazu, daß es diesem Prozeß mit ganz besonderem Interesse entgegenstehe. Zum Schluß bemerkt das Blatt:

Die beiden Blätter, die für Herrn v. Liebert eine so unbeschränkte Sympathie hegen, behaupten, wir hätten Herrn v. Liebert „verleundet“ und wir hätten eine „Blut von Verleumdungen“ gegen ihn vorgebracht, Herr v. Liebert selbst wird auch gerechter empfinden — er wird wissen, daß wir die „Blut“ möglichst eingedämmt haben und schonen, rücksichtsvoll, distinkt gemessen sind. Wir hätten, um nur eines zu erwähnen, auch sagen können, daß Herr Generalleutnant von Liebert, Eggelsen und Mitglied der Reichspartei, am 1. Juni 1912 in seiner Eigenschaft als Aufsichtsrats-Vorsitzender der „Africanischen Compagnie zur Herauszahlung zu vier erhaltenen Lantienmen verurteilt worden ist, nachdem er sich in der Generalsammlung geweigert hatte, diese Lantienmen zurückzuerstatten. Aber wir haben diesen Vorfall gar nicht erwähnt, weil wir nicht mehr als nötig eine Verleumdung kränken wollten, die einen so hohen militärischen Rang bekleidet, das Vertrauen der Reichspartei besitzt und bei allen „patriotischen“ und „nationalen“ Bestrebungen eine hervorragende Rolle spielt.“

Nach diesen Ausführungen darf man annehmen, daß der Prozeß ganz interessant werden wird.

Eine jährliche Gehaltszulage von 350 000 Mk. Der König von Württemberg kommt mit seiner jetzigen Zivilliste nicht mehr aus. Diese beträgt nach Kirschners Staatshandbuch für 1912 ausschließlich der Anlagen von 75 874 Mk. zusammen 2 140 418 Mk. Nunmehr ist den württembergischen Ständen (ersten Kammer) ein Gehaltentwurf vorgelegt, nach dem die Zivilliste um 350 000 Mk. jährlich erhöht wird. Die Vorlage wird mit der Steigerung der Gehälter der königlichen Beamten begründet. In den Fraktionen des Landtages sind bereits in den letzten Tagen vertrauliche Verhandlungen über die Erhöhung der Frage gepflogen worden. Also wird die Gehaltserhöhung sehr platt durchgehen.

Auskunftsstelle für Angelegenheiten der Unfallversicherung. Eine Stelle für Erteilung von Auskunft in Angelegenheiten der Unfallversicherung ist in den Geschäftsräumen des Rentenausschusses in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 20, errichtet worden.

Ha! Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, werden vom Reichsamt des Innern neuerdings Ermittlungen in der Jesuitenfrage angestellt. Die Ermittlungen beziehen sich auf die Zahl und Beschäftigung der Jesuiten in den einzelnen Staaten, sowie auf die Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten in Sachen des Jesuitenordens: — Werst Du was?

„Noch einmal!“ Sie faßte seinen Kopf mit beiden Händen, während er sie umschlungen hielt. Sie trank so gierig, als wollte sie die Seele trinken. Sie riß an seinen Ohren, während sie küßte. Sie küßte ihn in die Lippen, daß er zusammenzuckte. Dann zeigte sie auf einen Stuhl.

Carljen stolperte über seine eigenen Füße; er hatte völlig die Herrschaft verloren; er kam aber schließlich doch zum Sitzen.

Sie setzte sich schwer auf seinen Schoß und legte den Arm um seinen Nacken. Einen Augenblick sah sie lächelnd in seine Augen hinein.

„Küße mich; aber gut. Ich schlage Dich, wenn Du es nicht gut machst.“

In Carljen brach es durch; die wilde Tier des Hungerleibes kam. Er zog ihren Kopf herab; er bedeckte ihr Gesicht und ihren Hals mit heißen Küßen.

„Jetzt wird es sein“, entfuhr es ihr leise.  
„Ja“, hauchte Carljen. Es war aber nicht für ihn bestimmt gewesen. Er ahnte nicht, darüber sie sich freute. . . .

Die lange Marie wollte gerade die Kaffe überqueren. Sie kam aus einem Gang heraus, der durch die Höfe nach dem Hofen hinunterführte. Es lag dort unten eine obdünne Matrosenfahne, in der sie zu verstreuen pflegte. Sie blieb aber plötzlich stehen; in der Haustür regte sich etwas. Sie war nicht wenig überrascht und horchte gespannt. Sie wußte von nichts. Was mochte es sein? Von den Bekannten war niemand zu erwarten. Es mußte aber jemand gekommen sein; im Dunkel drüben war Leben. Ihre nachgewohnten Augen sahen, daß es sich bewegte. Sie konnte nicht sehen, was eigentlich geschah. Ihr Instinkt aber kannte dieses leise und schone Treiben. Es war jemand da.

Sie zog sich ganz in den Schatten des Hauses zurück; sie durfte sich nicht verraten. Sie beugte sich leicht vorwärts. Ihre Lippen waren geöffnet und die großen, grauen Augen funkelten durch die Nacht. Endlich schien es zum Abschied zu kommen. Ein leises Geflüster war zu vernehmen. Dann entfernte sich eine Gestalt durch das Dunkel; der Tritt knirschte im Schnee. Ein ganz leises Geräusch kam noch von der Haustür; dann wurde es ruhig.

Sie stand atemlos still, gleichsam zum Sprunge bereit. Erst mußte der Fremde außer Sichtweite sein. Dann lief sie plötzlich in schnellen starken Schritten über die Straße.

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

**Gewerkschaftslisten, Achtung, Gewerkschaftsvorstände!** Diejenigen Gewerkschaften, welche der Errichtung einer Zentralbibliothek zugestimmt haben, werden ersucht, zu einer näheren Aussprache Sonntag, den 18. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, zu erscheinen.

Der Kartellauschuß.

Das Gewerkschaftskartell nahm in seiner Sitzung von Mittwoch Abend den Bericht über den Stand des Gewerkschaftshauses entgegen. Genosse Rasch gab zu dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht einige Ergänzungen. Naturgemäß war der Verkehr und damit auch die Einnahme des Hauses im Baujahre 1912 erheblich geringer als sonst. Auch beim Neubau haben sich, wie immer bei so großen Unternehmen, unvorhergesehene Schwierigkeiten gezeigt, die aber zum größten Teil in für uns befriedigender Weise gelöst wurden. Der Kartellauschuß ist nur um 20000 Mark überschritten worden, was bei einem solchen Bau nichts belagen will. Eine ständig sichere Einnahme garantiert die Deckung der Ausgaben. Wenn die Gewerkschaftsmitglieder wie bisher Sparmaßnahmen einhalten, dann wird es schon im Laufe dieses Jahres möglich sein, den Rest der Privatgelder zurückzahlen.

Der Betrieb im neuen Hause ist bisher sehr befriedigend. Kleine Mängel sind vorläufig unvermeidlich, doch ist die Leistung bemüht, sie möglichst abzustellen.

Die Aussprache gab verschiedene Anregungen, denen Rasch bereitwillig nachzukommen verspricht.

Dann schilderte Pichold die traurigen Verhältnisse der Breslauer Bäckergehilfen. Er bittet die Vertreter der örtlichen Gewerkschaften, bei dem vorläufigen Ausstände die Gehilfen moralisch zu unterstützen. Das Kartell nahm folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung des Gewerkschaftskartells nimmt Kenntnis vom Bericht über den Stand des Bäckerlohntariffes und verpflichtet die Gewerkschaftsmitglieder, die Bäcker in dem ihnen auferlegenen Kampfe auf das Tätigste zu unterstützen. Für den Fall, daß es zum Streik kommt, beschließt die Versammlung, daß über alle Bäckereien, die die vollenberechtigten und beschriebenen Forderungen der Bäckergehilfen nicht bewilligen, der Boykott verhängt ist. Von der organisierten Arbeiterkraft Breslaus wird erwartet, daß sie sich streng an diesen Beschluß hält.

Richter sprach über die vorgesehene Einrichtung der Volksschule. Es ist zu erwägen, ob man die Kassierung der Gewerkschaften oder den Funktionären des Konsumvereins überläßt, oder ob eine besondere Einrichtung dafür geschaffen werden muß. Dementsprechende Fragebogen sind den Delegierten ausgehändigt.

Den verschiedenen Wünschen, die in der Aussprache geäußert wurden, lehte Richter die Erklärung entgegen, daß die Gewerkschaften nur dann die Kassierung übernehmen könnten, wenn sie sich alle damit einverstanden erklären. Ein Beschluß kann erst gefaßt werden, wenn die ausgefüllten Fragebogen eingegangen sind.

Ein Antrag, dem Jugendausschuß aus allen Gewerkschaften geeignete Helfer zu überweisen, wird nach kurzer Debatte angenommen. Damit schließt die Sitzung.

**Defenditor Meuser in Breslau.** Es wird uns geschrieben: Am 9. April wurden im Städtischen Arbeiter angewiesen, Streiarbeit zu verrichten. Oberbürgermeister Mattinger sagte auf eine Verhinderung ausdrücklich zu, daß städtische Arbeiter zu Streiarbeit nicht verwendet werden dürfen. Dies geschah zu Mittag. Nachmittags 4 1/2 Uhr wurden wegen der Angelegenheit Arbeiter bei Herrn Meuser vorstellt, wobei der Herr unter anderem sagte: „Wer hat denn das gleich gemeldet; und wenn der Schiffer gar keine Lente unten hätte, so würde ich meine Lente doch hinunterlassen, denn ich lasse mir von niemand Vorschriften machen.“ Herr Meuser ist derselbe Herr, der sich einmal auch gegen die Defendatur recht vorderbar ausgedrückt hat. Als die Deputation vor kurzem einige kleine Vorträge für die Arbeiter beschloss, erklärte Herr Meuser nach Schluß der Sitzung zu einem Herrn: „Die können beschließen, was Sie wollen; ich mache doch was ich will.“ Als ihm dies danach vorgehalten wurde, stritt er diese Worte ab. Wenn ein Beamter so über seine vorgelegte Deputation denkt, wie mögen da erst die Arbeiter behandelt werden?

**Achtung, Buchbinder! Papierzuschneider!** Der Betrieb der Firma W. Krage u. Co., Papierwarenfabrik, ist wegen Nichtbewilligung der Lohnforderungen gesperrt. Sperrebruch ist Streikbruch! Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

**Die Gastwirtschaften in der Breslauer Jahrhundertausstellung.** Unser Artikel vom 8. April hat felsenweise einen Irrtum hervorgerufen. Unter Kassiererinnen im Gastwirtschaften versteht man in München, woher der Beitrag stammt, die Servierkellnerinnen. Die eigentlichen Kassiererinnen erhalten in dem betreffenden Betriebe freilich ein höheres Gehalt.

**Für Streikbewegung in Oberschlesien.** Irreführende Meldungen des Volkischen Bureaus vom ober-schlesischen Bergarbeiterstreik berichtigt der Kurier darin, daß auf 24 zuerst vom Streik bedrohten Gruben mit 32 000 Vergleuten Verlegte, wobei aber 4000 Invaliden und 8000 weibliche Arbeiter einberechnet sind, 24 000 Vergleute, nämlich die ganze Verlegschaft, ihre Rüchdigung eingerechnet hat.

## Deutsches Reich und Ausland.

**Die im deutschen Bauarbeiterverbände Organisierten Groß-Berlins** haben in drei großen überfüllten Versammlungen dem Schiedspruch des Berliner Einigungsamtes vom 8. April abgelehnt. Die Mitglieder der Schlichtungs-Kommission wurden beauftragt, in neuen Verhandlungen mit dem Verband der Baugeschäfte eine weitere Erhöhung der Löhne durchzuführen.

**Von den Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe.** In sehr vielen Orten haben die Unternehmer einen strikte ablehnenden Standpunkt eingenommen und nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht, so in Pölda, Arnswalde, Wackerleben, Bad Nauheim, Ba. men-Eberfeld, Brinkum, Bugbad, Cöln, Einbeck, Erfurt, Föste, Friedberg i. Hessen, Göttingen, Gronau, Hagen i. Pom., Hann. Münden, Hockst., Domburg, Jhehor, Kahl, Karlsruhe, Landsberg a. M., Langen, Miesbach, Mühlheim a. Rh., Pölig, Remscheid, Saalfeld, Saarbrücken, Solingen, Straubing, Varel und Wilhelmshaven. Vereinzelt sind für die nächste Tarifperiode sogar Lohnsätze abgelehnt in Aussicht gestellt, so in Tilsit und Traunstein. Nur in ganz wenigen Orten können die Angebote ernsthaft in Frage kommen. Sicher ist, daß einer örtlichen Verständigung vielfach Verhindernde der Bezirksverbände der Unternehmer entgegen stehen. Das tritt besonders stark in Mecklenburg hervor, wo der Bezirksverband seinen Ortsverbänden die Angebote vorgezeichnet hat.

Selbstmutter auch die in zahlreichen schlesischen Orten gemachten Angebote der Unternehmer an, die ganz zweifellos von der Breslauer Bezirkszentrale der Unternehmer diktiert sind. Kann im Ernst jemand glauben, daß die Arbeiter würden sich mit der Zufriedenheit zufrieden geben, daß sie in diesem Jahre nichts und in den nächsten beiden Jahren eine mäßige Zulage erhalten sollen? So lauten nämlich die „Angebote“ der Unternehmer in Breslau, Breslau-Land, Fretburg/Schl., Glatz, Griesberg, Landeshut, Langenfeldeu-Neichenbach, Raunabe, Rimplitz, Schmiedau, Strahlen, Striegau, Waldenburg und Umgegend.

Abgelehnt und laudumweg die Forderungen auf Verfüzung der Arbeitszeit. Die aufgeführten Zahlstellen des Zimmererverbandes, für die bis jetzt verhandelt ist, umfassen insgesamt 6144 Orts mit 29745 Zimmerern; davon sind 24401 Verbandsmitglieder. Für mehr als die Hälfte der an der diesjährigen Tarifbewegung beteiligten Verbandsmitglieder stehen die Verhandlungsergebnisse noch aus, oder haben die Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Bis 19. April sollen sie bekanntlich beendet sein.

**An die Arbeiter in Kunstbinderfabriken.** Seit sieben Wochen stehen etwa 300 Arbeiter der Anglo-Continental (vormals Döhlendorfsche Guano-Werke) in Hamburg im Streik, um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Firma versucht, mit Berufsstreikbrechern den Betrieb aufrecht zu erhalten. Das ist misslungen. Jetzt werden unter falschen Vorwänden in anderen Kunstbinderfabriken eingearbeitete Leute für eine „heimliche Fabrik in Hamburg“ — das ist der Betrieb der Anglo-Continental — gesucht. Die Arbeiter in dem Superphosphat-Schwefelsäure- und Kunstbinder-Fabriken werden dringend um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

**In den Kaffeezuckerfabriken von Weisk in Eschka** sind 80 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Die Firma lehnt jede Verhandlung über die gestellten Lohnforderungen ab. — Zu aug ist ferngehalten.

**Ein schweres Streikurteil.** Vor der Strafkammer in Erfurt standen am Dienstag der Gauleiter des Transportarbeiterverbandes Karl Knörer, die Arbeiter Karl Monne und Robert Marx, sowie die Frau des streikenden Fensterputzers Adam wegen Streikbrecherbeleidigung. Der Gauleiter war in die Wohnung eines Fensterputzers, der den Streik gebrochen hatte, gegangen, um die Frau des Abtrünnigen darüber zur Rede zu stellen, weshalb sie ihren Mann zum Streikbruch verleitet habe. Dafür erhielt Knörer fünf Monate Gefängnis! Der Arbeiter Monne erhielt wegen des Zurechts „Streikbrecher“ vier Wochen Gefängnis, Marx mußte freigesprochen werden. Die Frau Adam hat in der Erregung zwei Arbeitswilligen darüber Vorbereitungen gemacht, daß sie Familienältern in den Rücken fallen bei dem Kampfe um ein Lohnminimum von 17 Mark! Dabei sollen nach den Aussagen der Arbeitswilligen die Worte „Streikbrecher“ und „Bump“ gefallen sein — dafür muß nach der Frau auf drei Monate ins Gefängnis!

**Österreich.** Die Vertrauensmänner der Arbeiter sämtlicher Kategorien in Fiume hielten eine Versammlung ab, in der sie sich mit dem Streik an den Danubiuswerken befaßten. Im Interesse der 2000 ausgesetzten Arbeiter wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Versammlung schlägt dem Streikkomitee vor, von der Fabrikdirektion die Festlegung ihres Standpunktes zu fordern. Sollte die Direktion die Antwort verweigern, so würde die gesamte Fiumer Arbeiterkraft einen allgemeinen Solidaritätsstreik beginnen.

**Norwegen.** Die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe zwecks Abschluß eines Reichstariffes sind resultatlos abgebrochen worden. Die Buchdruckereienternehmen verlangen, daß die Arbeiter die Forderung des Achtstundentages ausgeben sollten, bevor über die Lohnerhöhungen verhandelt werde.

**Rußland.** In Moskau haben die Buchdrucker nach langen Jahren des Wartens die Genehmigung für ihre Organisation erhalten. Die gleichen Bemühungen der Metallarbeiter führten bis jetzt zu keinem Ergebnis. — Die erfolgreiche Lohnbewegung der Petersburger Gold- und Juwelierarbeiter hat dazu geführt, daß die Meister sich zu einem Schutzbund gegen die Arbeiter organisiert haben, der dieser Laune eine Aussperrung proklamirte. Indessen herrscht auf Seiten der Meister Uneinigkeit, während die Arbeiter weitere Erfolge erzielen.

**Großbritannien.** In Manchester und Umgegend steht die Organisation der Dockarbeiter den freien Sonnabend-Nachmittag durch.

## Parteiangelegenheiten.

**Gemeinderatsersatz.** Bei den Nachwahlen in Woggenbach-Sundheim bei Schlettstadt errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Unsere Genossen beteiligten sich zum ersten Male an den Kommunalwahlen. Von den fünf Kandidaten wurden vier von der sozialdemokratischen Liste und einer der fortschrittlichen Liste gewählt. Damit gliedern die ersten Sozialdemokraten in dieses Gemeinderat.

**„Skandal“ — eine Beleidigung.** Der verantwortliche Redakteur des Saalfelder „Volkblattes“, Genosse Jörn, wurde vom Schöffengericht zu 20 Mk. Strafe verurteilt. Durch einen Bericht über die Mißhandlung einer Zivilperson durch einen Schutzmännchen schloß sich dieser Schutzmännchen beileidigt. Obwohl nach der Zeugnisauslage der Anwalt selbst die Freisprechung beantragte und das Gericht den Wahrheitsbeweis für erbracht hielt, erfolgte doch Verurteilung, weil in dem Worte „Skandal“ eine formale Beleidigung gefunden wurde.

Interessant ist, daß ein Salzunger bürgerlicher Redakteur der „Volkblatt“ nachgedruckt hatte, vom Salzunger Schöffengericht freigesprochen wurde, weil er im guten Glauben gehandelt habe. Dort hatte der Anwalt Bestrafung verlangt und das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht; trotzdem Freispruch!

**VERA**  
BESTE  
CIGARETTE  
FÜR

1899

**Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.** Die Kommission für die in der Donnerstagssitzung den Bericht über die Wahl des Abg. v. Kröcher fertigt, in dem die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl beantragt wird.

Dann trat die Kommission in die weitere Prüfung der Wahl des Abgeordneten Lasser (natl.) ein. Da ein Gegenprotell vorliegt, erklärte die Kommission die prinzipielle Freae, ob die in Gegenprotellen neu aufgeführten Tatsachen, die nicht Bezug auf Angaben des Protelles nehmen, von der Kommission berücksichtigt werden können, wenn der Gegenprotell innerhalb der festgestellten Frist beim Reichstage eingegangen ist. Mit elf gegen drei Stimmen beschloß die Kommission, daß Anträge die in Gegenprotellen angeführten neuen Tatsachen, die sich nicht auf den Protell beziehen, von der Kommission bei der Prüfung einer Wahl berücksichtigt werden können. — Die Prüfung der Wahl Lasser kam noch nicht zu Ende.

**Der Vorwurf zum neuen Strafrecht.** Nach der Mitteilung einer Korrespondenz wird der Ausschuß, der mit der Ausarbeitung eines Vorwurfs zum neuen Strafrecht betraut ist, ohne Pause diesen Sommer durcharbeiten. Es wird erwartet, daß der Entwurf bis 15. August oder 1. September fertiggestellt ist, sodas er dann den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen kann. Die Ausarbeitung des Entwurfs eines Einführungsgesetzes ist für später vorgesehen. In den dann zu diesem Zweck zu bildenden kleinen Ausschuß werden voraussichtlich nicht außerhalb der beteiligten Ministerien stehende Sachgelehrte und Juristen berufen werden, sondern nur Vertreter der beteiligten Dienststellen. Es handelt sich dabei darum, die gesamte Reichsrechtgebung, soweit es möglich ist, durch Erdränzungen in Einklang mit den neuen Bestimmungen des Strafrechtbuchs zu bringen.

**Gesuch um Abänderung von Reichstagswahlkreisen.** Im Bundesrat ist ein Antrag der Regierung von Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen eingegangen wegen Abänderung zweier Reichstagswahlkreise. Durch eine Grenzreanulierung zwischen beiden Staaten, bei der es sich um den Ort Schöndorf bei Jena handelt, ist eine anderweitige Festlegung der Grenzen der beiden Wahlkreise notwendig geworden. Die Vorlage wird schon in nächster Zeit dem Reichstage zugehen.

**Die Freikarten der Reichstagsabgeordneten.** Wie die „Voss. Zig.“ aus parlamentarischen Kreisen hört, besteht begründete Annahme, daß die Regierung dem Wunsch des Reichstages, die Freikarten der Freikartisten auf die ganze Legislaturperiode auszugeben, nachkommen wird. Dem Reichstage wird ein diesbezüglicher Beschluswurf noch vor Pfingsten zugehen.

**Die Spionageaffäre.** In einem Berliner Blatt wurde die für Patrioten unzulässige Mitteilung aus Straburg gebracht, man habe in Colmar und Metz private drahtlose Verbindungen mit dem Pariser Eifelturm entdeckt, und es handelt sich dabei um offene Spionage. — Diese „Spionage“ wird nicht recht harmlos angesehen. In mehreren Privatbädern und Schulen in Colmar und Metz haben nämlich seit einiger Zeit Physiklehrer und sonstige Fachmänner Empfangsapparate für drahtlose Telegraphie, also keine Geblationen, angebracht, um mit diesen Apparaten die Zeitsignale des Eifelturmes, Feststellung der Mutastunden usw., abzunehmen. — Das ist also die „Spionage“, die ein furchtbarer Straburger Richterstatter eines Berliner Blattes ausgespielt hat.

## Ausland.

**Böhmen bankrott.** Die Regierung hat im böhmischen Landesausschuß mitgeteilt, daß für 1913 keine Zahlungen an aus staatlichen Leberweisungen mehr erfolgen könnten, da diese Leberweisungen erschöpft seien. Laut Ministermeldungen ist somit ein finanzieller Zusammenbruch des Landes zu erwarten, und die Einsetzung eines Regierungskommissars für Böhmen steht für Mitte Mai bevor.

**Die „schwarzen Leute“ schädigen Rußland.** Ein Verbot neuer StraßenDemonstrationen der „schwarzen Leute“ ist von Sazonow dadurch erwirkt worden, daß er bei seiner letzten Audienz im Abschlusssuch damit motivierte, er könne eine Politik nicht durchführen, wenn ihm in der Öffentlichkeit derartige Schwierigkeiten gemacht würden. Da ein Wechsel im Ministerium des Neukeren augenblicklich als nicht wünschenswert angesehen wurde, erging das Verbot schwarzer StraßenDemonstrationen. Die rechts stehende Presse ist darüber sehr ungehalten und sie erklärt, daß die Plankontanten zwar den Krieg nicht wünschen, aber der Ansicht seien, eine Politik der Nachgiebigkeit müsse unweigerlich einen solchen hervorufen.

**Wie Tuma-Abgeordnete behandelt werden.** Bei der Antwort der Interpellation wegen einer bei dem Tuma-Abgeordneten, Genossen Petrovsky, vorgenommenen Hausdurchsuchung und seines mehrstündigen Hausarrestes erklärte am Mittwoch in der Duma der Minister des Innern Masladow: Die Polizei erhielt Kenntnis, daß in Petrovskys Wohnung unbekannt Individuen abgestiegen seien, die sich ohne Erlaubnis in der Residenz aufhielten. Daher sah sie sich gezwungen, die Wohnung Petrovskys zu durchsuchen. Die beiden dort vorgefundenen Individuen, die bereits von der Polizei gesucht wurden, gehören der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, deren Ziel die gewalttätige Umwälzung der bestehenden Staatsordnung ist, und sind Mitglieder eines sozialistischen Zentral-Komitees im Auslande. Petrovsky selbst ist nicht verhaftet worden. Die Polizeibeamten haben nur ihre Dienstpflicht erfüllt. (Weilfall auf der Rechten und bei den Nationalisten.) Die Debatte wurde auf Freitag vertagt.

**Eine sozialistische Tageszeitung in Spanien.** Wie die Pariser „Humanite“ berichtet, erscheint das bisherige Wochenblatt der spanischen Arbeiter „El Socialista“ seit dem 1. April täglich. „El Socialista“ wurde vor 28 Jahren durch Pablo Iglesias und seine Freunde gegründet und hat seit der Zeit nicht wenig dazu beigetragen, die sozialistischen Grundzüge in Spanien zu verbreiten. Anfänglich wurde das Blatt von der Bourgeoisie mit Spott empfangen und in der bürgerlichen Presse sah man die Verzeichnung Kamerad, die unsere spanischen Genossen unter sich anwenden, stets nur im Sperdruck. Heute hat sich das Blatt unserer Partei dagegen längst die Achtung auch der größten bürgerlichen Presse erkämpft. Zum Spott herabgesunken sind dagegen jene reaktionären Kreise, die ehemals über den Sozialismus spotteten. „El Socialista“ gehört der Partei. Die Arbeiter haben durch jahrelange Sammlungen die Mittel zur Umwandlung in ein Tagesblatt aufgebracht. So ist nun auch unter den Arbeitern und in der übrigen sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse der Jubel groß. Leitender Redakteur des Blattes ist Mariano Garcia Cortes. Noch mancherlei Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, um das Organ lebensfähig zu erhalten, wenn guten Willen von Partei und Gewerkschaften wird aber auch das gelingen.

Für uns in Deutschland ist dieses Ereignis nicht weniger erfreulich als für die spanischen Genossen selbst. Das Tagesblatt wird im Südosten Europas nicht wenig zur raschen Förderung unserer internationalen Kulturbewegung beitragen.

**Aus Tsipollanien.** Sulman el Warunt, der bekannte vepolltanische Hauptling, hat die unerschöpfliche Grenze überschritten und ist nach Tunis unterwegs, um hier mit einem Vertreter der italienischen Regierung wegen seiner und seiner zahlreichen Anhänger Unterwerfung zu verhandeln. Er verlangt eine ansehnliche Geldentlohnung, sowie daß die von der Regierung zu ernennenden Disziplinäre Stammesangehörige sein oder dem Ursprungsland ein Mitglied jedes Stammes beigegeben werde. — Selbst in Ägypten als Kanak.







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. April.

### Sonntag Mitglieder-Agitation!

Eine besondere Agitation von Haus zu Haus zur Gewinnung neuer Parteimitglieder veranstalten folgende Distrikte des sozialdemokratischen Vereins Breslau

- Distrikt 4 (Mikolajtor) Striegauerplatz 11,
- 6 Schulzenwiese 14,
- 7 Steinauerstraße 12a,
- 10 (Sandtor) Delznerstraße 8,
- 11 Michaelisstraße 26,
- 15 (Dhlauer Tor) Restaurant des Gewerkschaftshauses.

Die arbeitsfreudigen Genossen treffen sich in diesen Lokalen von vormittags 8 Uhr an. Die stets erfolgreiche Arbeit von Haus zu Haus dauert nur wenige Stunden. Also freiwillige vor!

### Stadtverordneten-Versammlung.

Haben wir recht gezählt, so waren es zehn kurze Aunfahreden, die gestern im munteren Fortgange der Beratungen des Stadtparlaments gehalten wurden, sie be- zogen sich auf kleine Vorlagen, wie ja auch die erste Hälfte der getragenen Beratung der schnellen Abwicklung von 30 weniger wichtigen Anträgen gewidmet war. Zwei größere Debatten unterbrachen das Idyll.

Die umfangreichere galt dem lobenswerten Vorschlage des Magistrats, für ein Tuberkulose-Krankenhaus aus dem Verein für unbemittelte Lungenkranke Land und Geld zur Verfügung zu stellen. Herr Sande machte auch diese Gelegenheit benutzen, um dem Magistrat seine Unfähigkeit in der Lösung großer Aufgaben zu be- weisen — diesmal auf dem Gebiete des Krankenhauses- wesens — und außerdem malte er den Schrecken zukünftiger maßloser Ausgaben für diesen Zweck an die Wand. Dieser Einspruch, der hier eigentlich nur eine Verschlep- peng guter Absichten zur Folge haben kann, fand zum Glück eine geschlossene Phalanx der Abwehr, die von den Medizinern Prof. Pfeiffer, Dr. Reich und Dr. Tische, sowie von den Laien Zimmer und John und vor allem vom Oberbürgermeister Matting und Stadtrat Wagner gebildet wurde, die zugleich die Ter- minbedenken des Herrn Müller bekämpften. Genosse Zimmer legte die Dringlichkeit einer Gegenmaßnahme gegen unsere große Sterblichkeit dar und verlangte von den Ausschüssen eilige Behandlung der Sache. Als mitten in die sachliche Beratung ein Schlussantrag Ehrlich II ein- schlug, wurde den Herrschaften, die keine Zeit oder kein Geld für diese Sozialpolitik übrig haben, von sozial- demokratischer Seite derb gesagt, daß es sich hier aller- dings um die Fürsorge für Leute handelt, die im Falle der Krankheit nicht nach Algier oder Nizza reisen können, für die man aber doch eine halbe Stunde opfern könnte. Das zog und für den Schlussantrag stimmten nur zwei Mann. Von der staatsrechtlichen Rechten hatte bis dahin nämlich niemand ein Wort zur Vorlage übrig gehabt, außer Herrn Schröter, der deutlich zu erkennen gab, daß ihm die Geschichte zu lange dauerte. Als nach Ablehnung des Schlussantrages endlich Herr Dr. Nikschke das Wort ergriff, sprach er nach einigen allgemeinen Wendungen über die Notwendigkeit der Tuberkulosebekämpfung über das — Bauernlegen und erzählte rührende Faga- geschichten vom Herrn Konnerjontat und der Frau Baro- nin. Nach diesem Meisterstück mußte allerdings Feier-abend gemacht werden und die Vorlage ging an ihre Ausschüsse.

Eine kurze Debatte entschied die Nachtragsetat für die Jahrhundertausstellung, der eine Steigerung der Ausgaben und Einnahmen um 875.000 Mark vorjah. Die rechte Seite der Versammlung ließ durch den Stadtv. Körner II erklären, daß sie mit den Forderungen einverstanden sei. Baum hatte er sich niedergelassen, da erhob sich Stadtv. Bujalowsky — auch von der Rechten —, um seine grund- sätzliche Ablehnung dieser Ausstellung zugleich im Namen „vieler“ Stadtverordneten zu erklären. Die sozialdemo- kratische Fraktion hatte ihn dazu nicht ermächtigt, ließ aber bei dieser Gelegenheit ihren schon oft betonten ab- weisenden Standpunkt noch einmal hervorheben. Genosse Löbe sprach dabei seine Verwunderung aus, daß man nur mit einer unheimlich umfangreichen Kesseltrommel die Feiter zu beleben hofft, die angeblich einem dringenden patriotischen Bedürfnis entsprungen sein soll.

Bei der Vorlage betreffend Errichtung eines Brause- bades für die Scheitniger Vorstadt erinnerte Stadtv. Prosig an eine frühere Zusage des Magistrats, für Wannenbäder in diesen Volkswannenanstalten Sorge zu tragen, und Stadtv. Cardocus beantwortet eine äh- nliche Anstalt für die Dhlauer Vorstadt.

Bei der Durchlegung eines Fußweges im Zuge der Auguststraße, zwischen Kant- und Gottschalkstraße, bean- tragte Stadtv. Jeron Ausschussberatung. Die Stadtv. Mühlbach, Jungfer und Schütz I weisen die Notwendig- keit der Durchlegung nach. Es erfolgte daraufhin so- fortige Annahme.

Stadtv. Roschik erinnert bei der Vertretung einer Aenderung der Fluchtlinie für die Hochstraße daran, daß endlich die Verkürzung der Verbindung zwischen Gräb- schener und Mikolajtorstadt durchgeföhrt werden möge, und Stadtv. Genosse Scholz II verlangte Erfolg für die Spielplätze auf den Leichäckern, wenn dort die Terrains verkauft werden.

### Bau eines Tuberkulose-Krankenhauses.

Der Magistrat beantragt, Grundstücke in N i e m b e r g (Kr. Wohlau), die 88.000 Mk. kosten sollen, dem Verein für Fürsorge für unbemittelte Lungenkranke in Breslau unentgeltlich hinzugeben, damit er dort ein Krankenhaus für Lungenschwindsichtige erbaut.

Der Berichterstatter Stadtv. John (konj.) begrüßt die Vorlage als dringendes Bedürfnis und bittet, sie sofort anzunehmen.

Stadtv. Hanke (Lib.) beantragt, die Vorlage den Ausschüssen IV und IV zu überweisen. Es geht nicht an, einen so weitgehenden Antrag mit großen Verpflichtungen für die Stadt ohne weiter- zuzunehmen. Die Verlegung unserer Stadt mit Kranken- häusern entbehre eines Systems und es muß gesagt werden, wir leisten viel Pflichtverf. Mag uns der Magistrat ein Programm über die Kranken- hausbauten vorlegen; das ist unbedingt nötig.

Oberbürgermeister Matting: Die Ausführungen des Herrn Hanke sind zweifellos weit übers Ziel hinausgeschossen. Ich will nur betonen, daß wir nicht ohne Überlegung handeln. Die Vorlage steht nicht in einem so unlöslichen Zusammenhang mit un- serem sonstigen Krankenhausbau, daß sie nicht besonders behandelt werden könnte. Wie immer jedes Programm über die Krankenhaus- bauten gestaltet sein wird, das Tuberkulose-Krankenhaus wird immer eine wertvolle Ergänzung dieses Programms sein. Ich bitte Sie, der Vorlage ein großes Wohlwollen zu bezeugen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Wagner: Soweit müssen Sie doch den Magistrat kennen, daß er nicht ohne weiteres den Bau eines Refektoriums an- nimmt. Wenn ich im Auftrage des beteiligten Vereins dazu gekommen bin, das Tuberkulose-Krankenhaus zu empfehlen, so können Sie daraus schließen, daß dadurch die anderen Krankenhausbauten nicht verzögert werden. In Breslau herrscht die Schwindsucht gar sehr, jedoch ist dringend nötig, endlich ein besonderes Krankenhaus für Lungenschwindsichtige zu bekommen. (Sehr richtig!) Lassen Sie sich von Herrn Hanke nicht gaulen machen. Die finanzielle Gefahr, die wir mit der Vorlage eingehen, ist nicht so groß, wie es Herr Hanke hinführt.

Stadtv. Müller (Lib.): Ich kann Ihnen nur abraten, das vor- geschlagene Land zu erwerben. Es eignet sich nicht für ein Tuberkulose-Krankenhaus. Die Bauern laden sich ins Krautchen, wenn wir ihnen das Land ablaufen. Auch mit dem Wasser ist es auf den empfohlenen Grundstücken nicht gut bestellt; es ist ebenfalls sehr eisenhaltig. Warum kaufen wir nicht in der Umgegend, wo wir gutes Land finden. Der Wald, den wir brauchen, haben wir in Nienberg nicht; lassen Sie die Hand davon. Ich bin gern erdölig, Ihnen zwei Stellen zu zeigen, wo wir prächtiges Land kaufen können.

Stadtv. Tische (Lib.): Den Wunsch des Herrn Hanke, daß wir ein Programm über Krankenhausbauten erhalten, teile ich vollkommen. Doch der Herr Oberbürgermeister hat vollständig Recht, wenn er sagt, daß die Vorlage damit nichts zu tun hat. Iriglich muß ich den Herren, die die Vorlage selbst kritisierten, in manchen Dingen Recht geben. Schon vor Jahren ist die Sache in die Hand genommen worden und jetzt erhalten wir sie als Dringlichkeitsvorlage, ohne daß uns Einzelheiten über die Organisation und deren Betrieb mit- geteilt werden. Redner macht dann Mitteilungen über den voraus- sichtlichen Betrieb im Tuberkulose-Krankenhaus. Ein Kranter würde um 2 Mark täglich kosten, während die Kranken in unseren e- genen Häusern 4 bis 5 Mark Kosten verursachen. Der Verein zur Fürsorge von Lungenkranke kann viel billiger arbeiten, weil er eben nur mit einer Art Kranken zu tun hat; wir hingegen a. H. im Allerheiligen-Hospital haben 5 bis 6 Abteilungen, was sehr viel Geld kostet. Ich empfehle, das Tuberkulose-Krankenhaus nach Nien- berg zu legen. Im übrigen kann ich nur bitten, urteilen Sie nach prak- tischen Gesichtspunkten.

Stadtrat Wagner: Ich kann Herrn Müller als Sachverständigen in dieser Sache nicht anerkennen. Mehrere durchaus sachver- ständige Herren, an der Spitze unser früherer Oberbürgermeister Wender haben sich das Grundstück angesehen und es als sehr geeignet befunden. Herr Müller meint, das Land sei eine Einöde und Wüste. Nun wir wollen doch keine Hüben bauen, sondern ein Krankenhaus erbauen. Die Vorlage hat uns große Schwierigkeiten gemacht. Wenn wir sie zuletzt als dringlich einbrachten, so ging es eben nicht anders. Das chemische Untersuchungsamt hat das Wasser, das allerdings etwas eisenhaltig ist, sonst als gut erklärt. Wir sehen aber, Herr Müller hat eine feinere Zunge. (Heiterkeit.) Ueber den Betrieb lassen sich zur Zeit Einzelheiten nicht angeben; heut handelt es sich nur darum, wollen Sie uns das Land geben, und ich bitte Sie, die Angelegen- heit recht wohlwollend zu behandeln.

Stadtv. Zimmer (Soj.): Dem Antrage auf Ausschusse- ratung stimmen wir zu, und haben auch nichts dagegen, wenn die Vorlage anders gelöst wird; die Hauptsache ist, daß das für die armen Lungenkranke recht schnell geschieht. Eine solche Vorlage sollte in der Versammlung einstimmige Annahme finden. Wir haben in Breslau Tausende von Lungenkranke. Breslau neht weit über dem Durchschnitt in Preußen, und des- halb ist es notwendig, daß bald etwas geschieht. Die Tages- erholungsstätten, die wir haben, können nicht das bieten, was ge- schlossene Heilstätten. Es ist auch darauf zu sehen, daß die An- stalt in nicht zu großer Entfernung von Breslau errichtet wird. Nienberg erscheint deshalb dazu ganz geeignet. Wo Tausende der Verpflegung bedürfen, darf man nicht von so hohen Kosten reden. Diese werden sich für die Stadt aber auch gar nicht sehr hoch stellen. Für die Verpflegung vieler Kranker hat die Landes- versicherungsanstalt zu sorgen; auch die Krankentassen werden die Verpflichtung anerkennen, Beiträge zu leisten. Wir bitten also, die Vorlage so wohlwollend wie möglich und vor allem auch im Ausschuss als dringlich zu behandeln.

Stadtv. Reich (Lib.): Ich möchte bitten, daß die beiden Aus- schüsse eine Lokalbesichtigung vornehmen. Im übrigen kann ich mir nicht denken, daß in Breslau auch nur ein einziger Arzt zu finden ist, der sich gegen ein Tuberkulose-Krankenhaus kräuht. Wir haben die Säuglingssterblichkeit heruntergedrückt; es ist hohe Zeit, auch die Sterblichkeit durch die Lungenschwindsucht herunter zu drücken.

Stadtv. Wiffner (Lib.): Es ist Tatsache, daß in Breslau seit zwei Jahrzehnten die hohe Sterblichkeit an Lungenschwindsucht nicht zurückgegangen ist. Und kein Arzt wohl hat Widerspruch gegen den Bau eines Tuberkulose-Krankenhauses erhoben. Nun handelt es sich um den Platz für dieses Krankenhaus. Von allen Plätzen, die wir gesehen haben, war Nienberg der beste. Wir waren sehr glücklich, als wir dort auch einwandfreies Wasser fanden. Ich muß betonen, daß uns ausgezeichnete Kenner, wie Oberbürgermeister Wender, geföhrt haben. Da die Sache drängt, bitte ich, sie zu be- schleunigen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist eingegangen. Stadtv. Ehrlich meint als Antragsteller, man habe genug über die Sache geredet.

Stadtv. Löbe bittet um Ablehnung. Für eine so ernste Sache könne man ruhig noch eine halbe Stunde opfern. Ueber- schüssiges sei bisher nicht ger. det worden. Die rechte Seite hat sich bisher an der Debatte über diesen wichtigen Gegenstand gar nicht beteiligt. Es handelt sich hier um arme Menschen, die nicht nach Ägypten oder Ägypten gehen können, wenn sie krank werden, sondern die hier bleiben müssen! Für sie können Sie schon ein- mal eine halbe Stunde opfern.

Der Schlussantrag wird fast einstimmig abgelehnt. Stadtv. Nikschke (konj.): Wenn es sich nur um die Frage des Baues eines Tuberkulose-Krankenhauses handelte, dann brauchen wir nicht lange zu reden. Doch es handelt sich vor allen Dingen um den Platz. Man spricht sonst von Bauernlegen und innerer Koloni- sation, und hier sehen wir, daß wegen eines Krankenhauses das Bauern- legen eintreten soll. (Zuruf: Unstimm!) Stadtv. Müller (Lib.): Für die Lungenkranke soll das beste nur gut genug sein, und deswegen habe ich mich gegen den Platz gewendet. Ich kann alles, was ich laute, beweisen. Da ich eben das

Land genau kenne, empfehle ich, es nicht zu kaufen. Wir mögen uns vor den Nienberger Bauern scheerlich, wenn wir den Ankauf beschließen.

Stadtrat Bröding: Die Sache ist von langer Hand vorbereitet und es hat sich herausgestellt, daß alle anderen Gelände nicht geeignet waren. Wir sind deshalb dazu gekommen, Nienberg zu empfehlen, was der geeignetste Platz ist, den wir wählen können.

Stadtrat Wagner: Ich habe alle Ehrfurcht vor den grauen Haaren des Herrn Müller (Große Heiterkeit!), aber ich beschäftige mich schon viele Jahre mit diesen Dingen und muß sagen, es genügt nicht, sie mit den Augen des Menschen- und Naturfreundes zu be- trachten, man muß auch etwas von der Behandlung Lungenkranke verstehen.

Der Berichterstatter Stadtv. John (konj.) tritt nochmals warm für die Vorlage ein. Wenn man so oft wie ich, Lungenkranke sehen muß, dann glaube ich, Sie würden alle mit Freuden sofort für die Vorlage zu haben sein. Ich erinnere Sie an die Seuchen, an die Chole- rera usw., die greifen einmal ein, aber die Lungenschwindsucht fordert jahraus jahrein die allergrößten Opfer.

Die Vorlage wird dem Bauausschuss und dem Wohlfahrts- ausschuss überwiesen.

### Ein Brausebad in Scheitnig.

Der Magistrat ersucht um Zustimmung zur Errichtung eines Brausebades auf dem Grundstück Ede Tiergarten- und Marienstraße. In dem Gebäude soll auch eine Steuerzahlsstelle untergebracht werden.

Stadtv. Müller (Lib.) als Referent, beantragt die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Prosig (Soj.) weist darauf hin, daß schon früher die Einrichtung von Wannenbädern vielfach gewünscht und Oberbürger- meister Wender die Einrichtung auch verprochen hat. Aus der Vorlage ist aber nicht ersichtlich, daß auch Wannenbäder eingerichtet werden sollen. Redner bittet, den geäußerten Wünschen noch nach- träglich Gehör zu schenken. Die Einrichtung ist eine Notwendigkeit. Ferner ersucht der Redner, die Latentrose in den Bädern fort- zulassen, die unndig Geld kosten und unsauber sind.

Stadtv. Cardocus (konj.) bittet, recht bald auch in der Dhlauer Vorstadt ein Brausebad einzurichten, wie Oberbürgermeister Wender ebenfalls bereits verprochen hat.

Stadtv. Jungfer (Lib.) bittet, die Steuerzahlsstelle nicht wie vorgelesen, im Erdgeschoss, sondern im zweiten Stock einzurichten. Im Keller sind die vielen großen Heizkessel für die Badeanstalt unter- gebracht, die in den darüberliegenden Räumen eine Temperatur erzeugen werden, die sie für Braueanzwecke ungeeignet macht. Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

### Nachtragsetat zur Jahrhundertfeier.

Der Nachtragsetat zur Jahrhundertfeier ist in der Einnahme und Ausgabe um 875.000 Mark höher als der bisherige Voranschlag, jedoch der neue Etat im ganzen 3.350.000 Mark Einnahmen und Aus- gaben umfaßt.

Der Berichterstatter Stadtv. Müll (Lib.) begründet eingehend die Mehrforderungen für die Jahrhundertfeier und empfiehlt, den Nachtragsetat dem Staatsauschuss zu überweisen.

Stadtv. Körner II (konj.) erklärt im Einverständnis mit seinen Freunden, daß sie bereit seien, die Vorlage dem Ausschuss VIII zu überweisen.

Stadtv. Bujalowsky (konj.) will es nicht veräumen, auch heute noch seinen ablehnenden Standpunkt auszusprechen zu dem Um- fange der Ausstellung, den sie heut nach den Beschließen angenommen habe. Ich will Ihnen die Freude an der Ausstellung nicht verderben. Sie übernehmen aber die Verantwortung für eine Riesenaus- gabe, von der man nicht weiß, ob sie nicht auf uns lasten bleibt. Ich möchte noch betonen, daß mir einzelne Staatsposten nicht richtig eingestellt erscheinen. Der Vergnügungspark wird in seiner unge- heuren Ausdehnung eine Gefahr für die Bürger insofern, als er sehr viel Geld verschlingt. Dann bitte ich, auch dem Schöpfer des Restaurants und des wundervollen Bildes auf die Pergola zu danken, der tatsächlich etwas Wunderbares geschaffen hat.

Stadtv. Hamburger (Lib.): Ich möchte den Staatsauschuss bitten, das in den Ausgaben zu verhalten, was für die Kasse aus- gegeben wird. Jetzt stehen 170.000 Mark im Etat, wovon aber sehr viel auf das erste Malat kam. Die Kasse ist nicht entbehrlich. Wir können nicht soweit gehen, wie Dresden, wo 200.000 Mark für die Kasse eingestellt und schließlich 750.000 Mark ausgegeben wurden; aber was bei uns jetzt geschieht, ist unzulänglich. Ich möchte dem Staatsauschuss nicht vorgreifen, bitte aber, dem Pressenausschuss mehr Mittel zu bewilligen, was im Interesse der ganzen Jahrhundert- feier liegt.

Stadtv. Löbe: Nachdem trotz der zustimmenden Erklärung der Stadtv. Körner II, ein Herr der Rechten, seine Verwahrung gegen die Ausdehnung der Ausstellung ausgesprochen hat, sind wir verpflichtet zu erklären, daß unser Stillschweigen nicht als Einverständnis mit dieser Ausstellung und ihrem Umfange gedeutet werden darf. Wir sehen nur ein, daß es der Stadt finanziell nicht dienlich sein kann, das mitten in der Ausführung befindliche Werk zu fördern. Vielleicht läßt sich Herr Bujalowsky außer dem Hauptrestaurant auch einmal die große Festhalle zeigen, wenn er über den Gesamt- einindruck der Bauten urteilen will. Auch wundere ich mich, daß so sehr viel Geld für die Klapperröhre der Kasse ausgegeben werden soll, es hieß doch immer, daß der innere Antrieb des Patriotismus die Ausstellung bedürfen soll.

Der Berichterstatter Stadtv. Müll (Lib.) nimmt die Anregung des Stadtv. Hamburger II entgegen und wendet sich dann kurz gegen den Stadtv. Bujalowsky. Die Vorlage wird darauf dem Staatsaus- schuss überwiesen.

Die wiederhergestellten Restaurationsräume im „Goldenen Zepter“ werden für 12000 Mk. an die Schreibniger Bran- kolonne vermietet.

Für den Umbau der Kanäle in der Altüberr- und Käheleble wurden 18000 Mk. bewilligt. Der Erwerb von Flächen vor Schußbrücke 19 bis 21 für 4050 Mk. stimmte die Versammlung zu.

Die Vorlage auf Abänderung des Fluchtlinienplanes für die Hochstraße zwischen Bergr- und Theresienstraße wurde angenommen.

Stadtv. Roschik (Soj.) als Referent wünschte bei der Ge- legenheit eine baldige bessere Verbindung zwischen Gräbchen und dem Mikolajtor.

Der Verstellung von Grünanlagen in der Dardenberg- und Kleist-Straße wurde zugestimmt.

Für den Vorhaben der zweiten Kammer des Gewerbezerrichts wird eine Stelle geschaffen. Auch der Abänderung des Fluchtlinienplanes für die Herdainsstraße zwischen Kretius- und Gustav-Freitag-Straße wurde zugestimmt.

Für Ausbesserung des rechten Oberufers unterhalb der Dampferhaltestelle Schwedenschanze wurden 8000 Mk. bewilligt. Für das Pflanzhaus in Herznepotitz werden ein Pferd und zwei Zugochsen bewilligt. Stadtv. Wittke (Soj.) als Referent sprach seine Genugtuung darüber aus, daß der Magistrat in Herrnpotitz ansetzend zur Landwirtschaft über- gehen will.

Der Direktor des Kanalisationswerks wird zum Mitgliede der Land- und Forstdeputation ernannt.

Die Beiträge von 800 Mk. zu Geldpreisen für die Pflanz- schweineausstellung im Mai s. J. wurde bewilligt.

Für Verbesserung der Warmwasserheizung im Friede-Konig- Hauze des Allerheiligen-Hospitals wurden 3500 Mk. bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung kurz vor 11 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.



### Die Frauen und die Landtagswahlen.

Es war ein schöner Frauenabend, den der sozialdemokratische Verein Breslau am Donnerstag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses veranstaltete. Mehr als 300 Frauen und Mädchen aus allen Distrikten waren zur Stelle und folgten damit, daß sie mit ihren männlichen Klammernoffen den Wahlkampf und Wahlrechtskampf gemeinschaftlich führen wollen. Bedenkt man, daß der sozialdemokratische Verein etwa 1100 weibliche Mitglieder zählt, so war ihre Teilnahme am Frauenabend verhältnismäßig sehr gut.

Den einleitenden Vortrag hatte die Parteisekretärin Genossin Wulff übernommen. Sie brandmarkte gedehrend das stehende Dreiklassenwahlrecht, womit man in Preußen seit mehr als 60 Jahren zum Schanden des arbeitenden Volkes regiert. Die Gefährdung der Frauen durch die Wahlrechtsfrage, die ruffähige Volksschule unter dem Einflusse der Geistlichkeit und vieles andere betrafte vor allen den Frauen, daß in Preußen noch niemals das Wohl des Volkes gepflegt worden ist. Millionen von Mädchen und Frauen leben in ungerechten Zuständen und leiden unter ihnen, haben viele Pflichten zu übernehmen, dürfen aber in der Gemeinde und im Staate nichts sagen, denn sie haben kein Wahlrecht. Da gilt es, nicht ruhig im Hause zu bleiben, sondern mit am Wahlkampf teilzunehmen. Wenn man auch die Frauen zurück vom Wahlstich, so können sie doch hinein in die Häuser, hin zu den Wählern, um ihnen zu sagen, was auf dem Spiele steht. Das heutige Wahlrecht, das tief ins Leben aller Arbeiterfamilien einschneidet und ihr Wohl und Wehe zu jeder Stunde berührt, es wird und muß fallen, wenn beide, Männer und Frauen, in gewählten Massen auf dem Plane stehen und immer nachdrücklicher ein freies und gleiches Wahlrecht fordern.

Die Rede der Genossin Wulff wurde mit großem Beifall aufgenommen, und die nachfolgende lebhafteste Aussprache war äußerst anregend; es beteiligten sich daran sechs Genossinnen.

Die Versammlung wählte dann die Genossinnen Behrens und Jakobowitz, damit deren Namen auf die Kandidatenliste für die Neuwahl des Vorstandes gesetzt werden sollen. Bekanntlich ist nach den Satzungen des sozialdemokratischen Vereins eine Genossin in den Vorstand zu wählen.

Nicht angebracht war die Wahlung des Genossen Minjer an die Frauen, den Konsum- und Sparvereine "Vorwärts" nicht zu berufen und die kämpfenden Arbeiterinnen zu unterstützen, ihm beizutreten und gute Häuser zu werden. Der würdig verlaufene Abend schloß mit einem begeisterten Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie.

### Angewandte zum konfessionellen Religionsunterricht.

Es wird uns geschrieben: Es muß als ein schreiender Mißstand bezeichnet werden, daß in Preußen die Kinder von Dissidenten gezwungen werden, den konfessionellen Religionsunterricht zu besuchen. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß dem preussischen Abgeordnetenhaus in Berlin ein Antrag "Schiffers-Hadenberg" mit folgendem Wortlaut vorliegt:

Kinder, die keiner Religionsgesellschaft angehören oder einer solchen, für die Religionsunterricht an der Volksschule, die sie besuchen, nicht erteilt wird, können gegen den Willen ihres Vaters oder anderer Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichtes nicht angehalten werden.

Wie ist eine religiöse Vergewaltigung überhaupt möglich in einem Staate, in dem nach Art. 12 der Verfassung die Freiheit des religiösen Bekenntnisses usw. gewährleistet ist? Es zeigt sich wieder einmal, daß die preussische Verfassung, in der so viele schöne Freiheiten auf dem Papier verbriefet stehen, überall hinterläßt, wodurch die Freiheits- und Fortschrittskräfte herein- geschleppt werden. Der Artikel 12 hat nämlich noch einen Schlußsatz, der lautet: "Der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen."

Darauf stützt sich die Reaktion und sagt: Der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist eine staatsbürgerliche Pflicht für jeden Preußen. Zu den Pflichten gehören auch der konfessionelle Religionsunterricht, folglich müssen die Dissidenten den katholischen, protestantischen oder jüdischen Religionsunterricht besuchen!

Man mag über diese staatsrechtliche Begründung denken wie man will, Tatsache bleibt, daß dem Sinn und Willen der Wortführer des Artikels 12 durch den Gesetzeszwang gegenüber Dissidenten Kindern geradezu Spott gesprochen wird. In dieser Erkenntnis verfaßte denn auch schon der preussische Kultusminister Fall im Jahre 1872:

"Schüler, welche in einer Religion oder Konfession erzogen werden sollen, für welche im allgemeinen Lehrplan der betr. Unterrichtsstunden nicht angeordnet sind, sind ohne weiteres zu dispensieren."

Im Jahre 1876 erging ein Fall dann diesen Erlaß durch die Verfügung: "Die Dispensation der Kinder von Dissidenten, die in gültiger

### Aus aller Welt.

**Der Schatten der "Titanic".** Die in Bismarck abgehaltene Konferenz der transatlantischen Schiffsfahrts-Gesellschaft hat beschlossen, die Ueberfahrtsroute über den Ozean um einen Grad südlicher zu verlegen. Das geschieht mit Rücksicht auf das unheilvolle Unglück der "Titanic", der White-Star-Linie. Diese Bestimmung soll bereits am 13. April, dem Jahrestage des Unterganges der unheilvollen Katastrophe der "Titanic" in Kraft treten, und die Schiffe werden nunmehr den Meridian des 17. Breitengrades überfahren, auf dem sie beherrschend letzter sich gewaltigen Eisbergen begegnen und auf den auch die Kälte schon ein wenig nachgelassen hat.

**Wieder eine verheerende Zwangskrankenkasse.** Der kassenführer Sechtensberg von der Krankenkasse der meist im Zentrumsländchen bestehenden Düsseldorf-Wirtenschaft hat sich aus dem Staube gemacht. Nach vorläufiger Feststellung hat Sechtensberg etwa 6000 Mark veruntreut. Die Kassenvorstände bieten ein trostloses Bild, nach 25 000 Mark Schaden haben 5000 Mark Vermögen gegenüber. Die Beiträge sollen auf 5 Prozent erhöht, die Leistungen auf das Mindestmaß herabgesetzt werden; ob das den Wankern ausreicht, steht dahin. In der letzten Vorstandssitzung beantragten die Kassenvorstände, bei der Aufsichtsbehörde die Auflösung der Kasse und die Uebernahme der Mitglieder an die Krankenkasse nachzusuchen. Nach dieser Lösung verhandelt der frühere christlich-sozialistische Kassenvorstand, der nach dem letzten Streit der freiwirtschaftlichen Kassen diesen Moral predigen wollte. — Trotz dieser Verhältnisse in verschiedenen Junungsorganisationen ist das Vertrauen der Mitglieder zu diesen Gebilden nicht erschüttert, und der Staat von 40 000 Gewerkschaftern wird demnächst auch eine Krankenkasse beschaffen.

**Das Mord in Ostpreußen.** Der "Epistel" wurde am Donnerstag wegen Betrug zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Kassenvorstand von dem Monaster Hirschberg, der wegen Betrug zu drei Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, hat sich zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Demnach wird die Kassenvorstände in Ostpreußen.

**Die Verhaftung von zwei der Klammernoffen.** Die beiden Klammernoffen, die am Donnerstag in der Wohnung des Klammernoffen in der Klammernoffen verhaftet wurden, sind am Donnerstag in der Klammernoffen verhaftet worden. Die Klammernoffen sind am Donnerstag in der Klammernoffen verhaftet worden.

Form aus der Landesstraße ausgetreten sind, darf nicht erst von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden.

Es ist sehr bezeichnend für die rückläufige kulturpolitische Entwicklung in Preußen, daß der heutige Kultusminister — ein halbes Jahrhundert später! — die entgegengegesetzte Handhabung beifolgt!

Als ganz ungeheuerlich muß es aber bezeichnet werden, daß neuerdings der Versuch gemacht wird, diese rückläufige Praxis auch auf die höheren Schulen auszuweiten und Schüler nur dann aufzunehmen, wenn die Eltern von Dissidenten sich vorher bereit erklären, sich diesem Gewissensdruck zu fügen! Mit Recht hat kürzlich der bekannte Berliner Staatsrechtler Professor Dr. Anschütz in einer in Berlin zur Dissidentenfrage veranstalteten öffentlichen Versammlung nachdrücklich erklärt, daß ein über die Bildungstufen der Volksschulen hinausgreifender Zwang in der angegebenen Richtung zweifellos verfassungswidrig sei, da eine staatsbürgerliche Pflicht zum Besuch dieser höheren Bildungstufen nicht besteht.

Seit zwei Jahren hat der Antrag Schiffers-Hadenberg in der Unterrichtscommission geschlummert. Vor einigen Wochen wurde über ihn abgestimmt: mit 10 gegen 10 Stimmen wurde er abgelehnt! Dafür stimmten die Angehörigen der Parteien der Linken und des Zentrums. Hatte das 21. Kommissionsmitglied, ein Vertreter der Zentrumspartei, nicht durch Abwesenheit gegläntzt, so wäre der Antrag in der Kommission angenommen worden. Wir hoffen, daß es sich hier um eine Zufallsablehnung handelt. Jedenfalls wäre im Abgeordnetenhaus eine sichere Majorität für den Antrag vorhanden, wenn das Zentrum nicht auch dort einige Abgeordnete — zufällig natürlich — fehlen läßt.

Es muß einigermassen Verwunderung erregen, daß das Zentrum, das sonst wegen einer Handvoll Jesuiten nicht müde wird, laut und nachdrücklich über Unzulässigkeit zu schreiben, dann, wenn es sich um eine erheblich größere Anzahl von Dissidenten handelt, so gar keinen Gehör zeigt, Toleranzanträge durchzusetzen. Jedenfalls fordern wir, daß der seit Wochen in der Kommission erledigte Antrag jetzt endlich vor dem Abgeordnetenhaus kommt. Sonst fällt er, dank der Verzögerungstaktik seiner offenen und heimlichen Gegner, bei der nur noch kurzen letzten Tagung des Abgeordnetenhauses unter den Tisch.

### Seine Braut auf Verlangen getötet.

Die hiesige erste Strafkammer beschäftigte sich am Donnerstag mit einem recht traurigen Fall. Die Anklage legte dem aus der Untersuchungshaft vorgeschickten Arbeiter Paul W. Galski zur Last, seine Braut auf deren Verlangen getötet zu haben. W. Galski, ein 20-jähriger Mann, war vor Jahresfrist in Berlin tätig, wo er das Dienstmädchen Ida Reichel, die neun Jahre älter als er war, kennen lernte. Die Reichel diente in Neufalken, und traf sich mit W. Galski, wenn es ihre Zeit nur irgendwie erlaubte. Gar bald verband die beiden nicht gleichartigen jungen Leute ein inniges Liebesverhältnis. Die Verweigerung ergab, daß der Angeklagte auch geschlechtlich mit seiner Braut verkehrte und sie dabei leider syphilitisch ansteckte. Das bedauernde Mädchen wurde im Sommer vorigen Jahres durch den Verkehr mit W. Galski schwanger. Es war begreiflich, daß sie immer lebensüberdrüssiger wurde und schließlich ernsthaften Selbstmordgedanken fassete. W. Galski litt seelisch unter seiner Krankheit nicht minder schwer, wozu sich noch die Selbstanklage gesellte, das Mädchen angesteckt zu haben. Beide kamen Ende des Jahres nach Kirsch in Schlessen zu Besuch, denn die Eltern des Mädchens wohnten in diesem Orte. Hier besprachen die beiden Liebenden die Vorkehrungen zu einem gemeinsamen raschen Lebensende. Am Abend des 21. Dezember ging der Angeklagte mit seiner Braut auf das Bahngelände in Kirsch, um sich dort vor die Räder eines Zuges zu stürzen; es kam jedoch nicht dazu, da ein Wachbeamter die Lebensüberdrüssigen verwehrte. W. Galski hatte einen Revolver mit einigen Magazinpatronen zu sich gesteckt. In der Nähe eines Teiches wachte er mit dem Mädchen. Um Mitternacht des 22. Dezember zog er die Schußwaffe hervor und feuerte auf das in den Tod einwilligende Mädchen und steckte sie in den Teich, in dem sie, nach dem Teichensinken, ertrunken ist. Die Schüsse mußten also nicht sofort tödlich gewirkt haben. Auch W. Galski richtete den Lauf der Waffe gegen sich, wobei er leicht an der Schläfe verwundet wurde. Auch er stürzte sich in den Teich, wurde aber von hinzueilenden Personen, die von den Schüssen angelockt, lebend aus dem Teich herausgezogen und vom zuständigen Gendarmen festgenommen. Die Leiche des ertrunkenen Mädchens wurde gleichfalls am selben Abend geborgen und in die Breslauer Anatomie überführt. Aus den bei den Schüssen angelockt, lebend aus dem Teich herausgezogen und vom zuständigen Gendarmen festgenommen. Die Leiche des ertrunkenen Mädchens wurde gleichfalls am selben Abend geborgen und in die Breslauer Anatomie überführt. Aus den bei den Schüssen angelockt, lebend aus dem Teich herausgezogen und vom zuständigen Gendarmen festgenommen. Die Leiche des ertrunkenen Mädchens wurde gleichfalls am selben Abend geborgen und in die Breslauer Anatomie überführt.

Der Angeklagte machte in der Verhandlung einen auffallend schwachsinntigen Eindruck. Der geladene Sachverständige Medizinalrat Dr. Martini äußerte sich in seinem Gutachten dahin, daß der Angeklagte ein von seiner Mutter erblich belasteter, hochgradig schwachsinntiger aber doch strafrechtlich verantwortlicher Mensch sei. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis gegen W. Galski, der schon einmal mit neun Monaten Gefängnis wegen Sittlichkeitsverbrechens bestraft worden ist. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von drei Jahren Gefängnis, weil die Gründe zur Tat durchaus nicht verwerflicher Natur waren.

In hungen nunmehr zur Bestimmtheit festgestellt worden sein dürfte, durch Selbstmord erfolgt. Es hat sich jedenfalls kein Anhalt dafür ergeben, daß jemand einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Angaben des Privatdetektivs, der eine so aufsehenerregende Erklärung über seine mehrmonatliche Tätigkeit in Kummelsburg geschaffen und den Zeitungen umgehend seine Berichte geliefert hatte, bezeugen jetzt auch bei der Staatsanwaltschaft berechtigte Zweifel. Gegen den Privatdetektiv dürfte wegen einer Anklage, die er in einer Kummelsburger Zeitung erlassen und in der er sich einen amtlichen Charakter beigelegt hat, ein Strafverfahren eingeleitet werden.

**Sträflinge als Menschenfresser.** Aus Cayenne wird ein schrecklicher Akt von Kannibalismus gemeldet, den drei eingeborene Sträflinge an einem vierten Genossen verübt haben. Der Sträfling Moillard, der 27 Jahre alt ist und nach 13 Verurteilungen in Frankreich im Oktober 1912 nach Cayenne geschickt wurde, der 35-jährige Sachereau, der nach 16 Verurteilungen in die Strafsiedlung kam und der ebenfalls etwa 30 Jahre alte Hoffer brachen aus dem Sträflingslager aus, nahmen einen vierten Genossen namens Machevel mit und schlugen sich mit Büchsmessern bewaffnet und einigen Konterrevolvern versehen in die Büsche des Urwaldes. Sie rechneten darauf, nach drei oder vier Tagesmärschen zu den Goldminen zu gelangen, die am Oberlauf des Mana-Flusses ihr Gewerbe betreiben. Sie verloren jedoch den Weg und irrten mehrere Tage lang im Walde herum, und drei von ihnen fielen am Morgen des sechsten Tages über den am meisten geschwächten Machevel her, ermordeten ihn mit ihren Büchsmessern, zerstückelten ihn wie Wildpret und fraßen ihn an diesem und den beiden folgenden Tagen auf. Sie gelangten dann nach Mana, nahmen zur Jagd einen Kahn mit Lebensmitteln, fuhren diesen Fluß und den Mana hinab, wurden aber an dessen Mündung aufgegriffen und ins Gefängnis zurückgebracht, wo sie nun ihrer Aburteilung entgegensehen.

**Eine ganze Schiffmannschaft verhaftet.** Wie aus La Rochelle gemeldet wird, hat der dortige russische Konsul die gesamte Besatzung des russischen Dreimastlers "Waiser" verhaftet lassen, weil die Mannschaft sich geweigert hatte, wieder an Bord zu gehen. Unter der Mannschaft, die infolge der schlechten Ernährung starb, sollen sich auch mehrere deutsche Matrosen befinden.

### Gewerbegerichts-Beisitzer.

Am Donnerstag tagte im Gewerbegerichtshaus die Sitzung der neuergewählten Beisitzer des Gewerbegerichts; vollständig waren sie erschienen. Arbeitersekretär Peiser leitete einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Beisitzer. Obwohl darüber schon viel gesprochen und geschrieben wurde, ist es immer noch nötig, die Beisitzer darauf besonders hinzuweisen. Der Beisitzer hat gewissenhaft zu prüfen, niemandem zu Leide oder zur Freude, auf welcher Seite das Recht steht, er hat sich mit allen gesetzlichen Vorschriften vertraut zu machen, denn das Amt eines Gewerbegerichtsbeisitzers ist nicht so einfach, als manche es glauben. Es ist unerlässlich, daß die Beisitzer als Richter tätig sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag kennen und dafür eintreten, daß sie im Sinne des Gesetzes ausgelegt werden. Unausgeübte Ausfertigung von Wandel schaffen über alle Unklarheiten, die über den Arbeitsvertrag noch bestehen. Die Ausfertigungen fanden Beifall. Als Obmann des Ausschusses wurde Tischler Fuchs, als Schriftführer Schneider gewählt. Es folgte dann eine Aussprache über die Erfahrungen in der Rechtsprechung des Gewerbegerichts. — Am Freitag nach dem Ersten eines jeden Monats soll eine Sitzung der Beisitzer abgehalten werden; die nächste ist am 2. Mai.

### Kindermassengefang in der Breslauer Jahrhunderthalle.

Man schreibt uns: Eine der glanzvollsten Veranstaltungen des großen deutschen Sängerbundes, das 1907 in Breslau tagte, waren die Kindermassenchor in der Jahrhunderthalle. Die einstimmige Begeisterung, die diese wieder aus 2000 jugendlichen Reihen ausstrahlte, hat den Musikauschuß für die Jahrhundertfeier veranlaßt, ähnliche Chorvorträge in der großen Jahrhunderthalle in Aussicht zu nehmen. Mit der Einstudierung und Leitung sind wiederum die Herren Paul Marx (für die Knaben) und Alfred Böbel (für die Mädchen) beauftragt worden, die das gleiche Amt schon 1907 beim Sängerfest zur allgemeinen Zufriedenheit geführt haben. Jeder 1. Volksschulklasse sollen 16 fangschuldische und fangschuldische Knaben und Mädchen ausgebildet werden, um einen Massenchor zu bilden, der hinter dem vom Jahre 1907 nicht zurücksteht. Die Aufführungen, die für den August geplant sind, enthalten einen unterländischen Teil — der unter anderem Lühows wilde Jagd, Dilmarsentied und das Niederländische Pantgebet aufweist — und einen allgemeinen Teil, der die Wanderlust in einer Reihe von Gesängen zum Ausdruck bringt. Mit Föllners köstlichem Wankertied bezeichnend durchzuführen wird das deutsche Land und beschließen die Reise mit Philo vom Waldes prächtigem Heimatsgesang.

Der die Welt am Stab durchweisen, Wem der Weg in Wäldern stand, Nimmer kommt er doch verhasst (stet) erachtet das Heimatland. Und wenn laulend Sangesweisen Nur der Freude Lob entquillt, Einzig will das Land ich preisen, Dem mein ganzes Sehnen gilt. Sei gegrüßt am Oderstrand, Schlessen, du mein Heimatland.

Die Proben in der Turnhalle am Festplatz haben bereits begonnen. Die Mehrzahl der zum Vortrag kommenden Lieber wird auch in den Schulen geübt und ein Teil der Chöre mit Begleitung der großen Orgel und mit Orchesterbegleitung aufgeführt werden. Die Orgelbegleitung hat Herr Rektor Paul Fröhlich übernommen, das Orchester wird voraussichtlich wieder die Kapelle des 11. Regiments unter der Leitung des Musikdirektors Reindel stellen.

**Schnee im April.** Der Monat April ist seiner alten Gewohnheit treu geblieben und beider uns bald dies bald das. Er begann mit dem herrlichsten Frühlingwetter, löndete reichlich Sonnenschein und Wärme, so daß die Pflanzen ihrer Zeit gar weit vorausseilen und Blätter und Wälder ansetzen. Nicht lange dauerte indessen die Herrlichkeit, da regnete es vom Morgen bis zum Abend und graue Wolken hüllten den Himmel ein; es wurde windig und kalt. Seit vormittag in der neunten Stunde hatten wir gar ein kurzes lustiges Schneetreiben bei nur 2 Grad über Null. Das Wetter ist rau; hoffentlich leiden darunter nicht die Wälderpracht, die Saaten der Felder und die Früchte der Gärten.

**Vaublüte im Jostener Berglande.** In Josten und seiner Umgebung hat die Vaublüte begonnen. Die Wälder hatten bereits am vorigen Sonntag ziemlich stark eingekehrt, so daß sie am Sonntag ihren Höhepunkt erreichen dürfte. Im Wandernungen in dem gerade um die Zeit der Frühjahrsblüte besonders schönen Berglande von Josten und den Breslauern zu ermöglichen, die nicht in der Lage sind, schon mit einem Frühzuge hinaus in die Natur zu gehen, hat sich die königliche Eisenbahn-Direktion auf Antrag des Jostengebirgsvereins bereit erklärt, in diesem Jahre bei jedem im April bei Breslau 1 Uhr 25 Minuten und ab Josten 6 Uhr 54 Minuten verkehren zu lassen. Pöfentlich werden diese Züge dann auch recht reichlich benützt.

feuert werde. Die Pulverkiste explodierte hierbei. Von den in der Nähe stehenden Schulkindern wurden drei getötet und vier lebensgefährlich verletzt.

**Durch Konfekt vergiftet.** Nach dem Genusse von Konfekt erkrankte in Alten-Essen eine neunköpfige Familie. Ein Knabe von sechs Jahren ist bereits gestorben. Das Befinden der übrigen Erkrankten ist bedenklich.

**Schwarze Boden im Ruhrgebiet.** In Erkenschwid im Kreise Recklinghausen sind bei einem zehnjährigen Mädchen die schwarzen Boden ausgebrochen. Die ganze Familie ist sofort in das Recklinghäuser Krankenhaus eingeliefert worden. Das Haus ist gesperrt und die Schule geschlossen.

### kleine Notizen.

— Die Gründung eines Reichsschulmuseums wird in mehreren bürgerlichen Blättern von pädagogischer Seite gefordert. Man weist auf die Sammlung hin, die für die Brüßeler Ausstellung von 1910 zusammengebracht wurde und noch vorhanden ist. Sie könnte den Grundstock des gewünschten Museums bilden. Frankfurt a. M., Leipzig und Berlin werden für die Aufnahme der Sammlung in Vorschlag gebracht. Natürlich wäre ein solches Museum von großer Wichtigkeit. Aber die Freiheit der Arbeit muß garantiert werden.

— Städtischer Theaterausflug. Unbegrenzt Vertrauen schenkt der Rat der Stadt Leipzig dem Leiter der städtischen Bühnen Max Martzke. Er will ihm der städtischen Zuschuß von 250 000 auf 600 000 Mark erhöhen.

— In der Zoologischen Station zu Neapel wurde das Denkmälchen enthüllt, das die Biologen aller Kulturstaaten auf eine Anregung des Oranger Internationalen Zoologenkongresses hin dem Verwalter der Station, Antonio Dohrn, gesetzt haben: eine Brunnenanlage mit dem Bronzerelief Dohrns von Adolf Hildebrand dem alten Freunde des Gelehrten.

— 188 zoologische Gärten gibt es im ganzen und Planer vom zoologischen Garten in Gizeh die besten — hat Deutschland. Fünfzehn habe Afrika, siebenundfünfzig Nordamerika; Afien nur drei, nämlich in Kalkutta, in Tokio und in Rioto, Australien sieben, und die übrigen sechsundachtzig in Europa. Auf Deutschland folgt an zweiter Stelle England mit acht, und Frankreich steht mit der Zahl fünf an dritter Stelle.



**Genossen, denkt an den Wahlsond!**

Die Ausgaben bei den Landtagswahlen sind groß. Sammelt deshalb unablässig. Sammelstellen sind im Partei-Sekretariat, Margaretenstraße 17, Telefon 5862, (Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 38) zu haben; dort werden auch die kleinsten Beiträge vom Russischer Genossen Hermann angenommen. Ueber alle eingegangenen Gelder wird in der „Volksmacht“ quittiert.

**Das Glückchen des Eremiten.**

Billets zur Volksvorstellung dieser reizenden Oper am Sonntag mittag 11 1/2 Uhr werden noch bis Sonnabend abend 7 Uhr im Zimmer 26 des Gewerkschaftshauses abgegeben. Eine Erklärung und Einführung in das Werk wird morgen in der „Volksmacht“ erfolgen.

**\* Die Partei-Sekretariate für den Landkreis und die Provinz (Sekretäre Erwig, Schlich und Frau Wulff) befinden sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14-16, Telefon 4005.**

**\* Der Breslauer Verschönerungs-Verein hat seinen Mitgliederbestand im Jahre 1913 von 484 auf 606 gehoben. Die laufenden Beiträge betragen 3828 Mk., die einmaligen 1650 Mk. Durch den Besuch des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Turmes auf der Schwedenbrücke wurden 1100 Mk. eingenommen, während die Unterhaltungskosten 356 Mk. betragen, sodass der Vereinskasse ein Reingewinn von 744 Mk. zufließt werden konnte. Die Sektion plant, in der Goleter Gemarkung von der Nordostspitze des Goleter Parkwaldes eine Pflanzungs- und Wege-Anlage auf der Innenseite des Deiches nördlich und westlich um das Dorf Golez herum nach dem bereits bestehenden Vorarbeiten beim südlichen Friedhofe durchzuführen. Die Weiterführung der Promenade bis zum südlichen Friedhofe werde bei dem Entgegenkommen der Kaiser-Wilhelmischen Werkleitung Schwierigkeiten machen. Insgesamt werden für diese Promenade 2,64 Tektar zu einem Gesamtpreise von rund 32 000 Mark erworben.**

**\* Gundeplage in den städtischen Gartenanlagen.** Man schreibt uns: Der Liebesstand, daß Gunde frei in den städtischen Gartenanlagen herumlaufen und durch Beschmutzen, Verschütten und Verunreinigen der Blumenbeete und Rasenflächen Schaden anrichten, ist noch immer nicht abgestellt. Da sei nachdrücklich auf die Polizei-Verordnung hingewiesen, wonach auf der inneren Promenade der Stadt und an allen städtischen Garten- und Parkanlagen Hund an einer kurzen Leine geführt werden müssen. Daß diese Verpflichtung nur da gelte, wo Verbotszeichen stehen, ist irrig. Zwar sind in größeren Anlagen zu wirksamem Schutze solche Tafeln aufgestellt, aber das ist aus freiem Entschlusse gemacht und nur in kleineren Anlagen unterlassen, weil dort die Tiere besonders unschön und störend wirken würden. Diese Anlagen werden aber erhaltungsmäßig am meisten geschädigt. Die Ueberziehung der Polizeiverordnung ist nicht nur strafbar, sie verpflichtet auch zum Schadenersatz.

**\* Von der Radrennbahn Breslau-Grünheide.** Die Teilnehmer des großen Frühjahrspreises über 80 Kilometer am kommenden Sonntag, Stellbrin, Walther, Schauer, Mann und Wanderstift, sind mit ihren Schrittmachern bereits in Breslau eingetroffen und legen heute Freitag, 5 Uhr nachmittags, das begonnene Training offiziell fort.

**\* Breslauer Schwurgericht.** Montag, den 14. April, beginnt die diesjährige dritte Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Komal. Es wird u. a. über folgende Strafsachen verhandelt: Am 14. April gegen den Aufwärtler Ernst Mirza wegen Raubversuchs, am 16. April gegen den Schmeid Michael Mackowiat wegen Körperverletzung mit Todeserfolg.

**\* Einbrecher** versuchten in der Nacht zum Mittwoch in ein Blumengeschäft auf der Neuen Schweidnitzerstraße einzudringen. Sie hatten bereits die Eingangstüre zum Laden erbrochen, sind aber dann überrascht worden und ergriffen die Flucht.

**\* Ueberzieher-Diebstahl.** Im Vincenzhaus ist einem hiesigen Rechtsanwalt aus dem Garderobenraum ein Ueberzieher im Werte von 300 Mark gestohlen worden. In den Taschen steckten noch verschiedene Wertgegenstände und Utensilien.

**Vereine und Versammlungen.**

**\* Napoleon I. und seine Zeit.** Heute Freitag im Gewerkschaftshaus zweiter Abend der Vorträge des Genossen Bernhard Müller über Napoleon I. und seine Zeit. Der Eintritt kostet 10 Pfg.

**\* Montag, Jahlabend!** Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau erinnern wir nochmals daran, daß Montag abend in den bekannten Distriktslokale die monatlichen Distriktsversammlungen (Jahlabende) abgehalten werden. Es sollte diesmal niemand fehlen, denn es handelt sich um die bevorstehenden Landtagswahlen.

**Aus Breslau (Land)-Neumarkt.**

Genossen! Seht die Wählerlisten ein. Sie liegen nur am 10., 11. und 12. April aus. Wer nicht dazwischen sieht, verliert sein Wahlrecht.

**Kasental.** Die Landtagswählerlisten liegen am 10., 11. und 12. April bei Saqua, Restauration zur scharfen Ecke, aus.

**Grätshen.** Der Jahlabend war mäßig besucht. Genosse Neulich hielt einen Vortrag über die bevorstehende Landtagswahl. Hierauf besprach man die Einzelarbeit der Genossen. Opperau und Grätshen wollen die Maifeier durch ein Gartenfest in Opperau feiern.

**Opperau.** Unsere letzte Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Genosse Meyer sprach über „Wie verhalten wir uns bei den Landtagswahlen?“ Dann wurden die Genossen Schwach und Frenzel für die zweite und Genosse Witte für die dritte Klasse als Wahlmann aufgestellt. Am Sonntag, den 13. April, früh 6 1/2 Uhr, finden sich alle Genossen bei Witte zum Landtagsagitatorium ein. Genosse Schönbald gab den Bericht von der Generalversammlung. Die Maifeier soll im Bezirk abgehalten werden. Dann soll eine Versammlung abgehalten werden, in der über die vorausgehende Geschichte von 1818-1918 gesprochen wird. Genosse Bod wurde zum Leiter der örtlichen Jugendbewegung gewählt. Von ihm ist auch die „Arbeiterjugend“ zu beziehen. Nachdem noch die Genossen Schönbald zur Schriftführerin gewählt worden war, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

**Grätshen-Moehren.** Unsere Mitglieder-Versammlung war nur mäßig besucht. Genosse Winger sprach über das Genossenschaftswesen. Die an den Vortrag anschließende Aussprache zeigte, daß man auch in Grätshen-Moehren bestrebt ist, recht bald ein Lager des Spar- und Konsumvereins „Vorwärts“ zu eröffnen. Nachdem die Arbeiten zur Landtagswahl verteilt und das Bestmüde zum Maifest gewählt war, wurde beschlossen, durch Ausschreiben einer Tafel in der Versammlung die Mitglieder- und Parteimitglieder bekannt zu machen.

**Kasental.** Fluchtiger Landtagskämpfer. Am 8. d. M. ist der in Kasental Kreis Breslau beschuldigte Landtagskämpfer Alfons Wiska nach Unterbringung von amtlichen Gelehrten von unbestimmter Höhe freigesprochen. Am Abend desselben Tages fuhr er von Milschowitz nach Breslau und hat

hier in einem Garderobengeschäfte am Neumarkt einen glatten grauen Gehviertelanzug erworben. Dem Geschäftsinhaber fiel die große Eile auf, mit der der Käufer das Geschäft abschloß. Am Donnerstag früh hat er einen Adler mit seinen Dienstkleidern an seine Verwandten hier selbst schenken lassen. Der Fluchtige hat dunkelblondes Haar, starken dunklen Schnurbart und starke leicht verbogene Nase. Er hat vornübergebeugte Haltung, lässigen Gang und schleppende Sprache.

**Sport- und Körperpflege.**

**Sport und Gesundheit.** Unter dieser Ueberschrift brachten wir vor wenigen Tagen eine Zuschrift aus Arbeiter-Sportkreisen, in der die Auswüchse des Sports in bürgerlichen Kreisen an einem bestimmten Falle gezeigelt wurden. Es war in der Zeitschrift davon die Rede, daß ein Mitglied des Rudervereins „Wraslavica“ sich bei Austragung eines von den Inhabern der Firma Buch-Denel gestifteten Ehrenpreises so anstrengt hat, daß er dabei dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitt. Dergu teilt uns Herr Walter Denel von der Firma Buch-Denel mit, daß weder er noch ein anderer Mitinhaber der Firma persönlich einen Ehrenpreis gestiftet und daß der Verunglückte, Dettmann ist kein Name, mit der Erzählung von seinem Unfall nur renommert hat. Die letzte Angabe wird durch einen Brief Dettmanns an Herrn Walter Denel bestätigt.

Unser Gewährsmann bemerkt hierzu ausdrücklich, daß es ihm in seiner Zuschrift lediglich darauf ankam, die unsmünge Sportauswüchse in bürgerlichen Sportvereinen mit ihren Gefahren für Mitglieder zu geißeln.

**Aus Oberschlesien.**

**Reiße, 8. April.** Dessenliche Protestversammlungen gegen die Militärvorlage, sowie Stellungnahme zur Landtagswahl fanden im Wahlkreise Reiße am Sonntag vormittag im Gewerkschaftslokale Reiße und nachmittags in Biegenhals unter freiem Himmel statt. In beiden Versammlungen, die außerordentlich gut besucht waren, sprach Genosse Scholich. In Biegenhals hatten sich trotz des schlechten Wetters gegen 200 Personen eingefunden. Als ein Jaungast, der Tiefbauunternehmer Tröber aus Reiße, der seinen Leuten beim Wagnbau in Biegenhals 19 W. Lohn für die Stunde zahlt, die Ausführenden Scholich als Quälgeist bezeichnete, erhielt er eine so gründliche Abfuhr, daß er es vorzog, sich schleunigst zu empfehlen. Einer ganz besonderen Kritik wurde in der Diskussion das Verhalten des Bürgermeisters von Biegenhals unterzogen, der bekanntlich das Volk als eine Lust bezeichnete, sich selbst aber ganz ruhig von den Steuertröckern 1000 Mark zum Gehalt zu lassen. Mit der Aufforderung, mehr als je für unsere Sache zu agieren, damit es in unfernen Waffentriebe etwas heller wird, konnte Genosse Kneifel die Versammlungen schließen. Eine ganze Anzahl neuer Parteimitglieder, sowie Volkswachtler waren der Erfolge beider Versammlungen.

**Wentzen Os., 11. April.** Das Ende im Dentchel-Prozess. Nach neuntägiger Verhandlung wurde Mittwoch mittag das Urteil gegen den Kaufmann Dentchel, der die Mitinhaber seiner Firma um über 750 000 Mark betrog, gefällt. Dentchel wurde wegen Untreue in neun Fällen zu 8 Jahren Gefängnis und 120000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Unvermögensfalle tritt für je 15 Mark Geldstrafe ein Tag Gefängnis ein. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis. Außerdem, weil der Angeklagte in schänder Gewinnsucht gehandelt habe, noch eine Geldstrafe von 30 000 Mark, bzw. weitere zwei Jahre Gefängnis, und weil er das Ehrenschilde des Kaufmanns beschmutzt, fünf Jahre Ehrverlust.

**Wentzen, 11. April.** Vom Eisenbahnzuge überfahren. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr wurde auf der Strecke Wentzen-Oberbarnhof-Chorzow bei Posten 80 ein zweispänniges beladenes Fuhrwerk bei nicht geschlossener Schranke überfahren. Der Geschirrführer Andreas Krasteyl aus Wentzen wurde unerheblich verletzt. Krasteyl wurde sofort in das städtische Krankenhaus nach Wentzen übergeführt. Die Pferde blieben unverletzt.

**Gleiwitz, 11. April.** Selbstmord eines Soldaten. Ein Soldat der dritten Kompanie des 62. Infanterieregiments erschoss sich mit seinem Dienstgewehr, das er mit einer Platzpatrone geladen hatte. Das Motiv ist vorläufig noch unbekannt.

**Gleiwitz, 11. April.** Notzuchtverbrechen. Der 28-jährige Fleischer Bruno Grüttner aus Koslow hatte sich wegen Notzucht an einem Stubenmädchen vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Geladen waren 22 Zeugen und ein Sachverständiger. Der Angeklagte will das Verbrechen im angestandenem Zustande verübt haben. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust, 6 Wochen Untersuchungshaft wurden ihm angedrohet.

**Karst, 11. April.** Gefahren der Arbeit. Auf der Karsten-Zentrumgrube erlitt der Grubenarbeiter Jegorowski aus Karst einen schweren Unfall dadurch, daß er nach einem nicht gleich losgegangenen Sprengschuß sehen wollte. Der Schuß ging gerade in dem Augenblick los, als J. der betr. Stelle sich näherte. Die Verletzungen sind schwerer Natur und bestehen namentlich in Brandwunden.

**Myslowitz, 11. April.** Erkoren. Der Schuhmacher Pollok aus Koslow wurde am Dienstag mit nur noch schwachen Lebenszeichen im Hofe der Grunwaldschen Destillation aufgefunden und durch einen Polizeibeamten nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Auf dem Transport verstarb Pollok. Wahrscheinlich ist der Mann ermüdet auf dem Hofraum eingeschlafen und dann erfroren.

**Neueste Nachrichten.**

**Die Wirren auf dem Balkan.**

**Die russische Regierungsnote.**

Paris, 11. April. Ohne Kommentare veröffentlichten die hiesigen Abendblätter die Hauptzüge der gestern in Petersburg ausgegebenen Regierungsnote über Rußlands Haltung in der Skutari-Frage. Man begeißt das verlegene Schweigen der Pariser Presse, deren ganzes Verhalten in dieser fraglichen Angelegenheit, wie sich nunmehr herausstellt, in direktem Widerspruch zu den Tendenzen des amtlichen Rufstandes stand. Besonders starken Eindruck macht hier die in Communiqué ausgesprochene Anerkennung, daß Kaiser Nikolaus von Rußland in vollem Einverständnis mit seiner Regierung und im Einvernehmen mit dem russischen maßgebenden politischen und militärischen Persönlichkeiten zu wiederholten Malen und zwar sehr eindringlich den König Nikolaus von Montenegro das Verharren bei seiner herausfordernden Haltung widerraten hat.

**Günstige Friedensaussichten.**

London, 10. April. In diplomatischen Kreisen herrscht Günstigkeit über die bestehenden Aussichten auf einen baldigen Frieden zwischen Montenegro und der Möglichkeit eines baldigen Note-

denzschlusses folgenden Optimismus. Die hiesige Abend abgegebene Erklärung, daß der Aussichtsreichliche sei, basiert auf der Tatsache, daß Italien und Rußland, wie man weiß, in Teilne Schritte tun, um Montenegro eine Art Entschädigung anzubieten. Die genaue Art der Vor schläge ist jedoch in London nicht bekannt. Weiterhin war in den letzten Tagen in London ein mächtiger, wenn auch inoffizieller Einfluß am Werk, um den Boden für offizielle formelle Schritte vorzubereiten, die vielleicht eine bessere Verständigung zwischen den Mächten und Montenegro herbeiführen werden. Bis jetzt ist allerdings von Seiten keine offizielle Unterhandlung gekommen, doch wurde angedeutet, daß mehr Sympathie und guter Wille seitens der Mächte vielleicht einen starken schnelelen Wechsel in der öffentlichen Meinung einbringen könnten. Montenegro's herbeiführen werde. Ganz abgesehen von der Frage Skutari's hatte die kirchliche Entscheidung der Mächte hinsichtlich der neuen Grenze Montenegro's in Teilne Erwägung hervorgerufen und ein Gefühl der Verzweiflung verursacht; es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, daß durch einen inoffiziellen Meinungsaustausch, der im Gange ist, eine Entschädigung gefunden werde, welche die öffentliche Meinung Montenegro's beruhigen könnte.

**Ueber die Zukunft Albaniens.**

Wien, 11. April. Gestern abend traf hier der Präsident der provisorischen Regierung Albaniens, Ismael Kemal Bey, mit einigen Notablen ein. Ismael Kemal Bey will hier mit maßgebenden Kreisen über die Zukunft Albaniens Besprechungen abhalten. Von ihm ist eine Anzahl von albanischen Führern hier eingetroffen. Sie beschuldigen Ismael Kemal Bey, daß er die albanische Bewegung für seine eigenen Zwecke auszunutzen wolle und behaupten, Beweise dafür zu haben, daß er aus persönlichen Gründen ein Vordringen Griechenlands im südlichen Albanien begünstige.

**Kleine Nachrichten.**

Wien, 11. April. Die Belgrader „Tribuna“ fordert die Regierung auf, in Sofia darauf zu bestehen, daß Schatri Pascha und dessen gefangener Stab nach Belgrad gebracht werden, da keine Gefangennahme durch das 30. serbische Infanterieregiment erfolgt sei. Die serbischen Blätter setzen trotz der offiziösen Abmahnung ihre Kampagne gegen Bulgaren fort.

London, 11. April. Aus Sofia wird gemeldet: In der Nacht zum 8. April haben die Bulgaren die Hälfte eines türkischen Bataillon vernichtet, das durch ihren rechten Flügel bei Rischakiori herumgehoben wurde, die andere Hälfte des Bataillon's konnte sich am anderen Morgen, am 9. April, im Morgengrauen durch die Flucht retten.

Sofia, 11. April. Unter den in Adrianopel gefangenen türkischen Offizieren, die dann weiter nach Sofia gebracht worden sind, befinden sich, wie ärztlich einwandfrei festgestellt wurde, choleraverdächtige Erscheinungen. Die Sanitätsbehörden trafen die erforderlichen hygienischen Maßnahmen.

**Schon wieder ein schweres Unglück auf der Dortmunder „Union“.**

Ein „Musterbetrieb“ eigener Art muß das Glücken der Dortmunder „Union“ sein. Es vergeht kaum noch eine Woche, in der nicht auf diesem Werke mehr oder weniger schwere Unglücksfälle vorkommen. Sonst zeichnet sich dieses der Lugensburgischen Bergwerkaktiengesellschaft gehörende Werk noch dadurch aus, daß es außerordentlich feste Profite abwirft, mit Vorliebe anspruchsvollere Ausländer beschäftigt, und daß auf ihm neben einer schlechten Entlohnung eine rücksichtslose Antreiberei herrscht. Doch es scheint in diesem echt kapitalistischen „Musterbetriebe“ keine Wandlung zum Besseren eintreten zu wollen, trotzdem die in letzter Zeit sich häufenden Katastrophen überall Aufsehen erregen. Über darum kümmert sich der Kapitalismus nicht: Arbeiterleben sind ja billig und bagelfrei. Nun meldet der Telegraph schon wieder ein neues Unglück, über dessen Umfang noch die widersprechendsten Mitteilungen vorliegen.

Dortmund, 11. April. Auf dem Eisenwerke „Dortmunder Union“ (Deutsch-Lugensburgische-Bergwerks-Aktien-Gesellschaft) hat sich in der vergangenen Nacht wiederum ein furchtbares Unglück ereignet. Der Schöföfen Nr. 6 ist kurz nach 2 Uhr explodiert. Er ist dabei gänzlich zerstört worden. Die Zahl der Toten und Verletzten ist bis jetzt noch nicht genau bekannt, doch verlautet, daß bereits sechs Tote aus den Trümmern geborgen worden seien. Die Zahl der Opfer dürfte aber wesentlich größer sein, da an dem Schöföfen unmittelbar zurzeit des Unglücksfalles dreißig Mann beschäftigt waren, von denen nach den letzten Meldungen kein einziger unverletzt geblieben ist und von denen die meisten wohl nicht mehr am Leben sein dürfen.

Nach einer anderen Meldung stellt sich das Unglück als wesentlich kleiner heraus.

Dortmund, 11. April. Nach einer Auskunft der Polizei stellt sich das Unglück als nicht so umfangreich heraus. Dar nach soll nur ein Mann getötet und drei Mann schwer verletzt sein. Die Verwundung tödt die Hoff auf einen Toten und vier Schwerverletzte an.

**Erfinder des Schiffstreffels †.**

Hamburg, 11. April. Hier starb gestern der Konstruktions-Dr. Ing. h. o. Otto Schlicht einer der bedeutendsten Schiffsbauingenieur und der Erfinder des Schiffstreffels im Alter von 73 Jahren.

**Audgewiesen.**

Kiew, 11. April. Die hiesigen Blätter bringen die Nachricht, daß der Gouverneur die Ausweisung von 1700 Juden verfügt habe, da ihnen ihre Eigenschaft als außerordentliche Förder der Handelsakademie kein Recht gegeben, sich in Kiew aufzuhalten.

**Briefkasten.**

Erzählungen der Revolution. W. K. 18-1. Die Revolution. Briefliche Zuschrift wird nur anonym veröffentlicht.

G. Gubenstraße. Ja, das dürfen Sie. 1. Unter Nebengelächter versteht man Lüge, Kette, Boden, Klößen usw. 2. Das wissen wir nicht, aber ein Drogenhändler oder Apotheker wird Ihnen helfen können. 3. Geben Sie ins Adreßbuch von Rybnik; da finden Sie, was Sie suchen.

A. Tarnopolskaja. 1. Ja, die Ehe kann wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten geschieden werden. Die Klage ist von einem Rechtsanwalt beim Bezirksgericht einzureichen, in dessen Bezirk der Mann zuletzt gewohnt hat. 2. Durch Lohnpändung ist es zum Scheitern gekommen. 3. und 4. Es muß in jedem Falle eine Klage auf Scheidung eingereicht werden.

M. R. Nach dem Gesetz § 151 des B. G. B. ist die Klage für die Ehe am 30. April zu stellen, also nachträglich; aber in den meisten Fällen verlangen die Hauswirte nach dem Scheitern der Ehe die Rückgabe der Hausgegenstände, was im gerichtlichen Verfahren nicht möglich ist und die Klage auf Scheidung am besten am besten des Monats, zu stellen.







## Der Kampf um die Deckung.

### Deutscher Reichstag.

186. Sitzung. Donnerstag, den 10. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Bethmann-Hollweg, Kühn-Dr. Delbrück.

#### Erklärungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt:

**Bayr. Militärbevollmächtigter Wenninger:** Es hätte ihm wünschenswert, der Ehre des Abg. Pöhlner in seiner Stellung außerhalb des Hauses irgendwie nahezutreten.

**Abg. Dr. Spahn (Zentr.):** Die Wahrung der Ehre des Hauses und der Abgeordneten ist Sache des Präsidenten. General Wenninger hat gestern den Abg. Pöhlner nach seiner Stellung im Privatleben bezeichnet, und als der Präsident dies als ungewöhnlich bezeichnet, hat er ihn als Abgeordneten bezeichnet und gemeint, er habe die Bezeichnung „General“ aus eigener Wohlwollendigkeit gebraucht, und es sei ihm nunmehr angenehm, diese Bezeichnung nicht mehr brauchen zu dürfen. Darin liegt eine Missachtung des Abgeordneten. Ich bitte den Präsidenten, das Stenogramm einzusehen, und sich darüber schlüssig zu machen, ob er diese Bemerkung, wenn sie von einem Abgeordneten gegen einen anderen Abgeordneten gebraucht worden wäre, hätte hingehen lassen.

**Abg. Dr. Dörs:** Ich habe gestern angenommen, daß der Ausdruck „Wohlwollendigkeit“ nicht in beleidigender Absicht gebraucht worden ist, denn das der Ausdruck „Abgeordneter“ für einen Abgeordneten der wohlwollendste ist, darüber dürfte im Hause wohl kein Zweifel sein. (Große Heiterkeit.) Klar ist mir nicht geworden, daß gestern etwa gesagt sein sollte, mit dem Ausdruck „General“ würde eine Bezeichnung gegeben, die der Herr Bundesratsvertreter nicht mehr zu brauchen vorzöge, weil darin etwas Ehrendes für den Abg. Pöhlner liege. Nach der eben gehörten Erklärung halte ich diese Ansicht für nicht begründet. Es wäre aber wünschenswert, wenn sich der Herr Bundesratsvertreter nochmals ausdrücklich erkläre.

**Bayrischer Militärbevollmächtigter Wenninger:** Ich bin auf Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern bereit, zu erklären, daß die Entschuldigung, die ich hier vorgebracht habe, und die wohl im ganzen Hause als durchaus loyal empfunden wurde (Zustimmung), auch diesen Fall mit einbegriffen hat.

Die Beratung über

#### die Deckungsvorlage

wird fortgesetzt.

**Abg. Dr. Südekum (Soz.):**

Zunächst einige kurze Bemerkungen zu den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Er hat sich über ein Mißverständnis beklagt und erklärt, er hätte einen etwaigen Kampf des Slaventums und Germanentums nicht in den Kreis seiner Erörterungen gezogen. Da scheint er seine eigene Rede vom 7. April nicht mehr genau im Gedächtnis gehabt zu haben. Aus ihr ergibt sich klar, daß der Reichskanzler unter vollständiger Verkennung der Tatsache, daß Österreich zu drei Vierteln ein slavischer Staat ist, von der Möglichkeit eines Kampfes zwischen Slaven und Germanen gesprochen hat. Wir empfinden Bemerkung über den zeitigen Sünden und erkennen gern an, daß er seinen Irrtum revidiert hat; vielleicht wird ihn das auch zu einer Revision seiner preußischen Außenpolitik führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichsschatzsekretär bemühte sich gestern um den Nachweis, daß die Deckungsvorlage sich in das System unserer Reichsfinanzen einfüge, und daß die geforderten Wehrbeiträge vom Volke wohl aufgebracht werden könnten, zumal der größte Teil durch Besitzsteuern gedeckt werden solle. Der erste Teil dieses Beweises konnte garnicht geliefert werden, denn daß sich

#### das Sammelsurium von Steuerentwürfen

nicht in den Rahmen unserer Finanzen einfügt, darüber kann gar kein Zweifel sein. Aber die Vorlagen sind auch durchaus nicht so der Leistungsfähigkeit des Volkes angepaßt, wie ihr Schöpfer uns glauben machen will. Gewiß ist auch die Lebenshaltung weiter Kreise des Volkes gestiegen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es nicht so wäre, wenn der jahrzehntelange Kampf der Gewerkschaften es nicht erreicht hätte, daß auch Schichten der Arbeiter an dem Aufstieg teilgenommen hätten. Aber die Steigerung des Besitzes und Einkommens ist so ungleich gewesen, daß die eigentliche Armut nicht abgenommen, wenn nicht gar zugenommen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Größer als je zuvor ist der Abstand zwischen Reichtum und Armut geworden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weit über 90 Prozent der Bevölkerung verfügt nur über ein Einkommen, das zur Lebenserhaltung gerade ausreicht, zur Führung eines Kulturlebens aber völlig ungenügend ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Armeneltern deutscher Städte über 50 000 Einwohner und die Bezirke der Armenämter enthalten eine Fülle von Elend, von dem der Blick sich schauernd abwendet. Eine Enquete in Frankfurt a. M. hat vor wenigen Monaten ergeben, daß auch ungelernete Arbeiter mit zahlreicher Familie die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen müssen. Nicht abgenommen hat die Kinderarbeit und zugenommen in einem allen Denkbaren übersteigenden Maße die Frauenarbeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und wenn mit einem gewissen Rechte gesagt werden kann, daß der Militärdienst zur Volksgesundheit beiträgt, so spricht das über unsere Zustände das denkbar härteste Urteil aus. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

#### Die Anfechtung von Lebenskraft

und Lebensfähigkeit durch verfrühte Berufsarbeit, mangelnde Pflege, ungenügende Nahrung, ist so stark, daß alle unbefangenen Beobachter einen Verfall unseres Volkes glauben beschließen zu müssen, nicht aus Luxus und Wohlleben, sondern weil durch ungenügende Löhne, schlechte Beschäftigung und namentlich durch ungewöhnliche und ungenügende Ernährung infolge unseres Sozialsystems die körperliche Ausbildung nicht so ist, wie sie sein müßte, um den größten Grad von Leistungsfähigkeit auch unter dem Gesichtswinkel der Vaterlandsverteidigung zu erzielen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Greifen wir einmal die Bergarbeiter heraus. Unter dem Kohlenpreissindikat sind die Kohlenpreise außerordentlich gestiegen, und damit auch die Gewinne. Von 1909 bis 1912 haben 87 Ruhrzechen ihren Profit von 125 auf 196 Millionen Mark gesteigert. Die Löhne der Bergarbeiter sind dagegen in den Jahren 1907 bis 1912 in Preußen im Durchschnitt von 3,73 M. auf 4,90 M., also um 36 Pf. oder um 9,6 Prozent gestiegen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei aber hat sich die Lebenshaltung seit 1907 um mindestens 20 Prozent verteuert. Gegen 1896 ist der Wert der Leistung des Bergarbeiters um 650 M. im Jahre gestiegen, der Lohn aber nur um 4,41 M. Die Differenz von 210 M. hat die Werte, die es in Deutschland zu schaffen gibt, ungeheuer erhöht, und damit nach dem Reichskanzler die Gefahr für gewisse Kreise durch Luxus und Wohlleben zu degenerieren. Den Schäden einer

solch ungleichen Verteilung des Einkommens arbeiten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie entgegen. Unter ihren Gegnern befinden sich aber nicht nur die Unter-

nehmer, von denen man es begreifen kann, sondern gerade auch die Vertreter der Staatsgewalt, die so der Emporenentwicklung des Volkes die schwersten Hindernisse bereiten. Man sagt, Preußen müsse doch wohl verwaltet werden, weil hier sozialer Ordnung herrsche. Aber mit einer gewissen äußerlichen Ordnung verträglich ist sehr gut jener gerade in Preußen hervorretende Geist hinterlistiger Beeinträchtigung der Kinderbemittelten. (Sehr. Zust. bei den Soz., Zuzuf. rechts: Unerhört!)

Im großen und ganzen wird die Heeresvorlage wohl eine Mehrheit hier finden. Manche Abänderungen sind wohl möglich; namentlich wird das gestrige Programm des Abgeordneten Südekum doch wohl auch dem Zentrum Gelegenheit geben, Einsparnisse durchzuführen. (Seiterkeit bei den Soz.) Man sagt, bei der gespannten Lage seien tiefgreifende Reformen im Wehrwesen jetzt nicht möglich, nun

#### Scharnhorst und Boyen

haben unter ganz anders gespannten Verhältnissen das Wehr reformiert. Einmal muß man doch die Gestaltung des Wehrwesens den geänderten gesellschaftlichen Zuständen anpassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wollen Sie warten, bis wieder ein Jena über Deutschland kommt und dann die Reformen von anderen vornehmen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man sagt, unsere Reformvorschlüge seien von der Vaterlandsfeindschaft eingegeben. Die Marrow'schen von damals haben die Scharnhorst und Boyen gerade so Vaterlandsfeinde genannt, wie Sie uns so zu nennen pflegen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Annahme der Heeresvorlage muß unsere Einseitigkeit in Bezug auf die Deckung tiefgreifend beeinflussen. Ein hoher Staatsbeamter sagte gelegentlich zu mir, so gut wie dieser habe der Sozialdemokratie wohl noch nie ein Deckungsvorschlag gefallen. Das ist im gewissen Sinne durchaus richtig. Wir haben auch gar keine Veranlassung, das zu leugnen, im Gegenteil, wir wollen die Kunde davon bis in die letzte Pforte Deutschlands tragen, daß die Gestaltung der Deckungsvorlage deutlich den Einfluß der 110 Sozialdemokraten und ihrer 4 1/2 Millionen Wähler erkennen läßt. Wir wollen es erst einmal auf unser Konto aufschreiben, daß

#### zum ersten Mal in der Finanzgeschichte des Reichs

wenigstens der Versuch gemacht wird, zu Abstufungszwecken auch den Besitz heranzuziehen. Das ist ein Zugeständnis von nicht zu übersehender Bedeutung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und wenn die Heranziehung des Besitzes jetzt durchaus nicht genügen wird, dann ergibt sich der einfache Schluss, daß noch nicht genug Sozialdemokraten hier sitzen (Hilf. u. Sehr gut! b. d. Soz.) und daß das Volk bei nächster Gelegenheit das Versäumte nachholen muß. Einer Auflösung können wir mit der größten Ruhe entgegengehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Sehr viel war die Rede in letzter Zeit von der Ausschaltung der Sozialdemokratie. In einem Artikel im „Tag“ hat sich Herr Erberger sogar in dunkler Zahlenmystik verloren und von der Zahl 13 gesprochen, die ganz besonders geeignet sei, alle bürgerlichen Parteien zusammenzuführen.

#### Die Weisheit alter Weiber

hat schon längst herausgefunden, daß von 13, die miteinander zu Tisch sitzen, immer einer zuerst sterben muß. (Seiterkeit.) Wenn nun unter dem Glückspruch der Zahl 13 der bürgerliche Liberalismus eingeladen wird zu lecher bereiteten Mahlzeiten namentlich mit den Herren vom Zentrum, dann brauche ich wohl nicht zu sagen, wer da zuerst sterben würde. Auch der Reichskanzler ist nicht frei von dem Genuß, die Sozialdemokratie auszuschalten. So war es nicht immer. Bei der Verabschiedung der Verfassung von Elsaß-Lothringen konnte er unsere Stimmen sehr gut gebrauchen. Schon die Geheimkonferenz, die Anfang März von ihm veranstaltet wurde, zeigt sein Genuß, es diesmal ohne uns zu machen. Wir fühlen uns durchaus nicht etwa gekränkt oder zurückgesetzt, weil wir nicht eingeladen sind, aber hat sich denn nicht ein einziger von den Herren Liberalen einmal gefügt, daß er nicht uns, sondern seinem Liberalismus den Hinweis darauf schuldig gewesen wäre, daß Versuche, die stärkste Partei des Reichstags zu isolieren, lächerlich und unklug sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Lächerlich, weil die Tatsache der Ausschaltung allein schon beweist, daß sich die Erörterungen im Grunde genommen doch nur um die ausgeschaltete Partei gedreht haben. Wo zwei Politiker bei einander sind,

#### da sind wir Sozialdemokraten mitten unter ihnen.

(Seiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ja ich glaube, ganz empfindsame Gemüter von den Herren namentlich auf der äußersten Rechten beschäftigen sich auch noch in der Nacht mit uns. (Seiterkeit. Graf Westarp: Da haben wir besseres zu tun. Stärkische Seiterkeit.) Den besten Beweis dafür, daß es mit unserer Ausschaltung nichts gewesen ist, liefert die Vorlage selber. Sollte die Sozialdemokratie nur bei der Abstimmung ausgeschaltet werden — nun der Schmerz, eine Steuer nicht bewilligen zu müssen, würde sie wahrscheinlich auch noch ertragen. Aber das soll uns nicht hindern, zu betonen, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen ist, die Lasten der Heeresvermehrung auf die Schultern der Besitzenden zu legen, sowie wir es in unserem internationalen Manifest vom 1. März 1913 deutlich ausgesprochen haben. Wenn uns unser Kampf gegen die Heeresvorlage, den wir nicht führen, weil wir Volkseinde wären, die das Vaterland wehrlos lassen wollten, sondern weil wir das jetzige System des Wehrwesens für falsch halten, nicht gelingt, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Lasten dieser Vorlage

#### auf die Schultern der Besitzenden gelegt

werden. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Wohl entspricht die Vorlage keineswegs ganz unseren Wünschen, aber anders sieht sie doch aus, wie die von 1908/09. Damals war all unser Widerstand vergeblich. Bier, Tabak, Kaffee, Genussmittel usw. wurden besteuert. Der bloße Gedanke an eine Besitzsteuer rief auf der Rechten Wutausbrüche hervor. Damals zwangen die Triarier seiner Majestät auf Furcht vor der Besitzsteuer den ersten Vertrauensmann der Krone zur fluchtartigen Preisgabe seines Amtes. Damals kündigte Herr von Oldenburg an, er werde es jedenfalls wieder zu machen, damit nicht der aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag je die Verfügung über das Portemonnaie der Besitzenden erhalte. Was hat den Wandel herbeigeführt, namentlich beim Reichskanzler, der sein Amt nicht hätte annehmen können, wenn er nicht auf dem Standpunkt der damaligen Mehrheit gestanden. Wie hätte er, der Gehilfe Villows, dies Amt annehmen können, das Villow auf Jhr Gehelß verließ, wenn er nicht anderen Sinnes geworden wäre? Was hat nun diesen neuen Wandel bewirkt, was den Gedanken — wahrscheinlich doch auch schon seit November 1912 (Seiterkeit) — emporkommen lassen nunmehr wenigstens den Versuch einer Besitzsteuer zu machen.

#### Ja, das waren eben die Wahlen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.)

Man sagt, die Vorlage beweise den Opfermut der Reichgen. Bisher hat sich ja dieser Opfermut in der deutschen Finanzgeschichte noch nicht offenbart. Wie steht es denn mit den freiwilligen Beiträgen, die der Reichskanzler von 100 Mark an

danke in Empfang nehmen wollte? Wenn es in der Begründung heißt, daß es nicht unbillig erscheine, auch die Reichgen zum Schutze dessen, was sie besitzen, heranzuziehen, so entspricht das ganz unseren Anschauungen. Wir werden nicht verfehlen, diese schöne Stelle aus der Begründung in unserer Agitation auszunutzen. Wir haben in den letzten Jahren Hochkonjunktur gehabt, aber es mehren sich die Zeichen, daß sie sich ihrem Ende zuneigt. Dank der vom Kriegsminister so unabweisend zugegebenen Unsicherheit unserer Diplomatie sind wir ja seit Jahren nicht mehr aus der Unsicherheit herausgekommen. Auf dem Geldmarkt haben sich kaum noch erträgliche Zustände entwickelt. Ein Großindustrieller, der 7000 Arbeiter beschäftigt, sagte mir, daß ihm heute die Aufbringung der wöchentlichen Lohnsumme von 2-3000 Mark mehr Kopfschmerzen mache, als vor einiaer Jahren die Aufbringung einer Obligationenleihe von Millionen. (Hört, hört.)

Die einmaligen Ausgaben bezifferten sich auf

1055 Millionen Mark.

Den bündigen Beweis der Notwendigkeit so hoher Aufwendungen ist die Regierung schuldig geblieben. Auffallen muß das vollkommene Fehlen eines Finanzplans über 1915 hinaus. Die kolossalen Lasten der Heeresvermehrung lassen sich nicht im wesentlichen auf die Einnahmen aufbauen, weil niemand die Gestaltung unserer Zölle beim Wiederabschluss unserer Handelsverträge voraussagen kann. Dafür ist das Kräfteverhältnis der politischen Parteien entscheidend. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die öffentliche Meinung wird so erklären, daß die Reformen unumkehrbar sind, die heute haben und Erwerbstrieb um das Deutsche Reich herumgelegt haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir müssen den Finanzplan über 1915 hinaus aufstellen, sonst stehen wir 1916 wieder vor der Notwendigkeit einer großen Finanzreform. Nur die Einführung direkter Besitzsteuern, vorzugsweise

#### der Ausbau der Reichsbesitzsteuer

kann dem vorbeugen. Die Geschichte unserer deutschen Reichsfinanzwesen ist die Geschichte gebrochener Versprechen, aber durch alle Experimente zieht sich doch der große Gedanke der Einführung direkter Besitzsteuern. Diese Bestrebungen fanden ihre Krönung in dem Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 11. Juni 1912 über die Einführung einer Besitzsteuer. Der Reichsschatzsekretär hat gestern zugestanden, daß die jetzige Vorlage nicht als eine Erhöhung des Besitzsteuerantrages von 1912 anzusehen sei. Der Beschluß des Reichstags besteht also weiter. Ihm ist der Bundesrat beigetreten, und ich hatte des Augenblicks, wo die Regierungen uns die Besitzsteuer vorklagen werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Schatzsekretär hat auch zugestanden, daß man auf gewissen Seiten des Hauses den Wehrbeitrag als eine Art Abfindung,

#### als ein Loskaufgeld von der Besitzsteuer

ansieht. Wenn jetzt der Wehrbeitrag erhoben werde, könnten natürlich auf die wunden Schultern der Besitzenden nicht neue Lasten gelegt werden. Nein, so haben wir nicht gewettet. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das war nicht die Ansicht der Mehrheit von 1912 und ich warte ab, ob auch nur ein Teil dieser Mehrheit magen kann, vor dem damaligen Beschluß abzubrechen. Die Deckungsvorlagen werden nicht verabschiedet werden, es sei denn, daß sie erdacht sind, durch die Einführung einer direkten Besteuerung des Besitzes in Form einer Erbschaftsteuer in erster Linie oder einer Reichsvermögen- und Einkommensteuer.

Den Grundgedanken des Wehrbeitrages hat man lange Zeit dem Reichskanzler zugeschrieben. Andere wieder sagten, der Vater aller Pflichten sei auch der Vater aller Unmöglichkeiten. (Seiterkeit.) Gestern hat nun der Schatzsekretär gesagt, er selber habe den Plan ausfindig gemacht. Nebenfalls haben seine Verfasser mit großem Eifer die Affen des Reichstages studiert. Denn schon am 2. Dezember 1907 wurde hier eine Reichsvermögensteuer vorgeschlagen, die immer nur dann erhoben werden sollte, wenn eine neue Militär- oder Marinevorlage zu finanzieren sei. Die Kreise, die gar nicht genug Schiffe und Kanonen bekommen könnten, könnten ja auch das Recht erhalten, diese Auflage jedesmal doppelt zu bezahlen, damit ihr überschäumender Patriotismus auf dem Altar des Vaterlandes auch einmal andere Opfer bringen könne, als Opfer der großen Worte. Und noch am 20. Februar 1912 wurde wieder eine Kontribution auf die Einkommen von 6000 Mark und die Vermögen von 10.000 Mark vorgeschlagen. Aber all das hat nicht der Reichskanzler oder der Schatzsekretär,

#### sondern mein Freund David gesagt.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei genauerem Zusehen entpuppt sich also der Gedanke des Wehrbeitrages als ein sauberer feinerknetter Gedanke, der der Sozialdemokratie seinen Ursprung verdankt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Sie werden danach begreifen, daß uns die Vorlage durchaus nicht unympathisch ist.

Daß der Anleihenweg nicht zu beschreiten ist, weil er zu einem schrecklichen Fiasco führen würde, hat der Schatzsekretär unterstrichen. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Entziehung so hoher Beträge, wie sie der Wehrbeitrag vorzieht, aus unserer Volkswirtschaft etwa unbedenklich wäre. Es kann zu Arbeitslosigkeit, zu großer Arbeitslosigkeit kommen, und dann sind wieder die Arbeiter diejenigen, die darunter leiden. Der Erfolg der in die Kasse gezogenen 130 000 Arbeitskräfte durch lawische Wanderarbeiter bedeute weiter eine Bedrohung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. Der Wehrbeitrag in seiner gegenwärtigen Form zeigt eine brutale (Präsident Kampf rät den Ausdruck)

#### Mäßigkeitspolitik gegen den Mittelstand.

denn er faßt die kleinen Vermögen des Art, verneidet aber die Progression zu Lasten der Kleinvermögen und begünstigt ausfallende die Agrarier. Nun sagte der Schatzsekretär, die Progression habe man vermeiden, um den ganzen Aufbau der Steuer so einfach wie möglich zu machen. Er ist ein viel zu kluger Finanzmann, um das selbst zu glauben. Ist erst einmal veranlagt, so kann man darauf jeden beliebigen Steuerzug anbringen. Nein, die Progression soll vermeiden werden aus Angst vor den Kapitalisten der höheren Grade, deren Opfermut dann auf eine recht harte Probe gestellt würde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei der Kritik der vorgeschlagenen Veranlagung des Wertes der land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücke nach dem 23fachen Reinertrags könnte ich mich auf den Vorstehenden des Oberverwaltungsgerichts Straßburg, der dabei Worte gefunden hat, die, wenn er sie unter dem Präsidium des Herrn Kaempf ausprechen würde, ihm zweifellos eine Krüge zuziehen würde. (Seiterkeit b. d. Soz.) Diese Begünstigung der Agrarier muß beibehalten und eine Progression herbeigeführt werden. Wenn das alles geordnet ist, müßte eigentlich die Verwirklichung dieses Heeresbeitrages beschlossen werden, aber vielleicht findet sich dafür keine Mehrheit. Jedenfalls aber muß die Verteilung auf drei oder vier Jahre beschloffen werden, schon weil der Ertrag gar nicht voraussehen ist, und weil wir der Regierung nicht ohne Verwundungswed Gebet in den Schenken werfen wollen. Wenn diese Hülfe entstehen, müssen sie zunächst benutzt werden zur Verstaatlichung der Nahrungsmittelindustrie. Zwei Merkmale hat jede Industrie, das der Robilität und das andere, daß sie durchaus international ist. In England gehören zu den Interessenten dieser Industrie Herzog, Grafen, Barone. Aber auch in Deutschland ist



das da die Besitzer dieser Werke immer und immer wieder zu neuen Aufstellungen treiben, die ihnen neue Profite aufzuzeigen. Aber nicht nur außerordentlich einflussreiche Leute sind an dieser Industrie beteiligt.

Nach einem Artikel des Regierungsrats Martin (Abg. Dr. Drexler: Thal) — es braucht nicht alles falsch zu sein, was er schreibt — nach diesem Artikel ist an den Dillinger Werken sehr stark französisches Kapital beteiligt (Hört! Hört!), so daß die Geschäftsjahre auf der Generalversammlung die französische war. (Lebhaftes Hört! Hört!) Die französischen Herren im Aufsichtsrat haben so Einfluß in die Bestellungen unserer Landesverteidigung. (Lebhaftes Hört! Hört!) Vorsitzender dieses Aufsichtsrats ist Herr v. Schubert, der Schwiegerjohn des Königs Stumm. (Hört! Hört!) Ein Bild für Väter: Herr v. Schubert, der mit den französischen Herren die Preise deutscher Panzerplatten auskalkuliert!

Dies Bild möchten wir der Zukunft ersparen, indem wir die Rüstungsindustrie verstaatlichen (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Grundidee für die Veranlagung des Vermögens zum Wehrbeitrag müssen durch das Reich festgesetzt werden. Eine Organisation hierzu läßt sich ebenso aufschaffen wie für das Reichsheer, die Reichsjüde und andere Einrichtungen.

Die Fürsten sind in der Vorlage nicht erwähnt, und deshalb sind sie einbezogen. Man kann es nicht gutheißen, daß die Begründung sagt, es sei ein besonderes Gnaden- und Jubiläumsgeschenk

### wenn die Fürsten jetzt mitspielen wollen.

Ihr Millionen- und Milliardenvermögen kann man nicht freilassen (Zuruf: Und wenn sie abwandern!) Herr Kollege, das wäre ein Gedanke... (Gr. Mitt.), darüber ließe sich reden. Das geforderte Opfer von einer Milliarde stellt man als etwas außerordentliches hin. Aber das deutsche Volk zahlt seit 1906 jährlich eine Milliarde für den Brotwucher und soll sie nach dem Wunsch der Reichen in alle Ewigkeit weiter zahlen. Das Opfer der Besitzenden kommt also gar nicht in Betracht gegenüber den großen Lasten, die der Masse des Volkes aufgewälzt sind, und die sie schweigend tragen muß. (Zuruf rechts: Schweigend!) Sofern ihr nicht in der Sozialdemokratie fürsprecher entstehen. (Zuruf b. d. Soz.) Auch Sie, Herr Gothen sind Fürsprecher, ich erkenne das an!

Man mißt der Vorlage vor, in die Selbständigkeit der Einzelstaaten einzugreifen. Wir erkennen die kulturelle Notwendigkeit der Einzelstaaten an und solange Preußen nicht ein Kulturstaat geworden ist es ein Glück, daß wir Einzelstaaten haben, in denen noch Reste demokratischer Einrichtungen sind, in denen die Gedankenfreiheit noch einen Schutz findet gegenüber der schwarzblauen Herrschaft in Preußen. Aber das Natürliche ist noch die Entwicklung zur strengen Zentralisation des Reiches und zum Staatenbund des westlichen Europas. Sogar diese Vorlage beweist den Fortschritt des demokratischen Gedankens, da man sie nur mit dem Hinweis auf die allgemeine Wehrpflicht zu empfehlen gemagt hat.

Die Geschichte der deutschen Finanzreformen ist eine Geschichte abgeworfener Versprechungen. Jede neue Reform brachte eine neue Belastung. Diesmal hat man überhaupt keinen Finanzplan, der es ermöglicht, gewissen Mutes in die Zukunft zu sehen. Noch keinem Schatzsekretär ist es gelungen, das Finanzwesen so zu gestalten, wie es die zwingende Notwendigkeit erheischt. So wie die Dinge liegen, kann eben nicht ein Schatzsekretär ein Reformator der Finanzen sein, sondern nur eine Koalition der Parteien, nur die Volkserrettung. Freiheiten haben sich die Völker nur zu Zeiten finanzieller Schwierigkeiten ihrer Herran errungen. Auch wir müssen die Zeit der schweren Opfer benutzen zur Erringung von Freiheiten. Dann kann aus den roten Zahlen dieser Vorlage blühendes und reiche Früchte tragendes Leben sprießen. (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz.)

Präsident kämpft: Sie haben preussischen Beamten hinterlistige Beeinträchtigung der Rechte der Minderheiten vorgeworfen. (Zuruf b. d. Soz.: Das stimmt!) Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

### Abg. Speck (Ztr.):

Wir sind nicht gewillt, die Deere-vorlage durch eine und die Deckungsvorlage durch eine andere Mehrheit bewilligen zu lassen. Zu Maßnahmen, wie einer einmaligen Vermögensabgabe, greift man doch nur in Zeiten höchster Not und Gefahr, die nach den Ausführungen des Reichstagspräsidenten keineswegs vorliegt. Eine Besteuerung der Vermögenssubstanzen muß das Vermögen selbst unterhöhlen. Welchen Bestrebungen man damit entgegenkommt, beweisen die Ausführungen des Vorredners und der sozialdemokratischen Presse. Die Sozialdemokraten haben ja den Grundgedanken: Eigentum ist Diebstahl. Wir aber müssen

### die schwersten Bedenken gegen die einmalige Vermögensabgabe haben.

(Lebh. Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Vorlage greift auch in die Finanzhoheit der Einzelstaaten ein, das Österreich 1913 ist der Anfang vom Ende der einzelstaatlichen Finanzhoheit. (Sehr wahr! im Ztr.) Der Wehrbeitrag ist vor allem auch geeignet, einer Reichsvermögenssteuer den Weg zu bahnen, umso mehr, als die Rüstungsminister sich daran gewöhnt haben, von hunderten Millionen zu sprechen, um die Forderungen der Vorlage als das mindeste zu bezeichnen. Der Mittelstand braucht stärkeren Schutz, es ist im höchsten Maße ungerecht, Vermögen von 10 000 Mk. schon zum Wehrbeitrag heranzuziehen, Einkommen dagegen erst von 50 000 Mk. an. (Sehr richtig! im Ztr.) Auch Familien, aus denen mehrere Söhne dienen, müssen Erleichterungen bekommen. (Bravo! im Ztr.)

### In Geldsachen hört nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch der Patriotismus auf.

und deshalb sind Kaufleute für die richtige Deklaration des Vermögens geschaffen. Es ist zu unteruchen, ob sie ausrechen. Daß die Bundesfürsten sich zu dem Opfer des Wehrbeitrages bereit erklärt haben, hat in weitesten Kreisen angenehme Berührung. Ich kann aber der Begründung nicht zustimmen, daß die Bundesfürsten der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen. (Lebh. sehr richtig! im Ztr.)

Wir haben also schwere Bedenken gegen den Wehrbeitrag und jedenfalls darf eine solche Belastungsprobe dem Volke nicht zum zweitenmal zugemutet werden. Auch gegen die Besitzsteuer haben wir schwere Bedenken. Ebenso gegen die Art der Regelung der Matrularbeiträge. Dagegen begrüßen wir es, daß die Grundsteuer der Zuckersteuer hinausgeschoben werden soll. Den allerhöchsten Bedenken beugen bei uns die Vorlage in bezug auf das Erbrecht des Staates, weil hier das Konstitutionsprinzip in voller Klarheit zutage tritt, daß nachgerade ein unerträgliches Requitit moderner Steuerordnungen zu sein scheint. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn man glaubt, daß im Volke Begeisterung herrscht, so täuscht man sich, das Volk senkt vielmehr unter ungeheuren Steuerlasten. (Zuruf bei den Soz.: Die Sie ihm auferlegt haben!) Wenn es nicht anders sein kann, werden auch die neuen Lasten getragen werden, und ich hoffe, daß die Vorlagen die Grundlage abgeben werden, um die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

### Abg. Dr. Baasche (natl.):

Ich hoffe, daß der Dozentum speziell der heftigsten Kreise wenigstens ein wenig größer ist als vor hundert Jahren. Worauf der Vorredner eigentlich hinauswollte, ist mir nicht ganz klar geworden. Es mag ja politisch fraglich sein, sich nicht festzusetzen, und ich will dem Vorredner in gewissem Sinne darin folgen. (Gr. Mitt.) Das Dr. Schömann hier ein Bild der Not und des Elends gemacht hat, war sehr deplaciert, wir müssen dem Auslande vielmehr zeigen, daß das deutsche Volk stark und kräftig ist und den Willen hat, für seine Interessen nach außen Diver zu bringen. (Lebh. Bravo! b. d. Natl.) Die Vaterhaji des Reiches hat Dr.

der in der Tat bei der letzten Finanzreform einen Wehrbeitrag gefordert hat. Fürst Bismarck sprach damals von den perfiden und phantastischen Entwürfen der Sozialdemokratie. (Schallende Mitt.) Doch das nur nekenher. Wir könnten für die einmaligen Ausgaben wieder den Weg der Anleihe beschreiten, die wir früher in leichtfertiger Weise gemacht haben. Würden wir aber gerade jetzt mit einer Milliardenanleihe auf den Markt treten, so würden alle Kurse gedrückt werden, und die Besitzenden sicherlich noch mehr verlieren, als durch den einmaligen Wehrbeitrag.

### Die Steuerpflicht der Fürsten

Ist nach dem Wortlaut des Gesetzes ganz zweifellos. Die Begründung sagt, die Fürsten haben sich bereit erklärt, das patriotische Opfer zu bringen. Gegen wen und in welcher Höhe? Sind sie auch bereit zu dem Opfer, wenn wir den Prozentfuß erhöhen? (Sehr gut! links.) Das richtigste ist es, die Fürsten einfach in das Gesetz einzubeziehen. — Daß das Versprechen auf Ermäßigung der Zuckersteuer und des Umsatzsteuern nicht eingelöst werden kann, ist bedauerlich. Die Verzuwachssteuer war ein schwerer Fehler (Hört! Hört! links.) Dem Gedanken einer allgemeinen Besitzsteuer entspricht die Vorlage nur wenig, wir müssen zu einer direkten Besteuerung durch das Reich kommen. Ich und der größte Teil meiner Freunde halten eine direkte Vermögens- und Erbschaftsteuer heute für das beste. (Hört! Hört! links.) Freilich fürchte ich hierbei

### ein Unannehmbar der Regierung.

Doch angesichts der Wandlungen in den Anschauungen der Regierung wird man das Wort der Thronrede die Entwicklung steht nicht still! auch auf die Regierung anwenden können. (Mitt. und sehr gut! links.) Was hat man früher nicht alles über die Finanzhoheit der Bundesstaaten gesagt? Heute heißt es: Wenn Du nicht variert, tritt das Reichsgesetz in Kraft. Damit fällt eins der wesentlichen Motive gegen die Reichsvermögenssteuer fort. Aber wir kapitulieren uns nicht darauf, uns liegt vor allem daran, eine wirklich allgemeine Besitzsteuer für die Deckung der Wehrevorlage zu bekommen. Eine solche ist auch die Erbanfallsteuer. Auch hier kapitulieren wir uns nicht auf das Wort; ist eine direkte Besitzsteuer auf anderem Wege möglich, so ist uns das ebenfalls; nur für den Umweg über die Einzelstaaten sind wir nicht zu haben. — Beim Wehrbeitrag müssen auch die großen Vermögen der toten Hand herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) All diese Fragen werden in der Kommission zu prüfen sein, wo es hoffentlich gelingt, für die notwendige Wehrevorlage auch die notwendige Deckung zu finden. (Bravo! b. d. Natl.)

### Abg. Graf Westarp (kons.):

Die Vorlage ist trotz der Kürze ihrer Begründung doch gründlich durchgearbeitet. Den notwendigen Ausgleich zwischen den verschiedenen Parteien zu finden ist der Regierung gelungen. In einzelnen Punkten haben wir allerdings schwerwiegende Bedenken. Handel, Verkehr, Industrie und die Arbeiter werden in einer Weise geschont, wie das wohl niemand erwartet hat. Dabei haben besonders auch die Arbeiter große Vorteile von der Deere-vorlage. (Lachen b. d. Soz.) Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, die Lasten ausschließlich auf die starken Schultern zu legen. Trotz alledem sind wir bereit, die einseitige Belastung des Besitzes im wesentlichen zu bewilligen. Die konservative Partei ist stets bereit gewesen, Opfer für die Deckung der Deere-vorlagen zu bringen. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Wie gerade Sie zu dem Wortlaut der Steuerliche kommen, ist mir unverständlich. (Sehr wahr! rechts.) Haben Sie schon je eine Steuer bewilligt, die die hinter Ihnen stehenden Arbeiter belastet hat? Im Gegenteil, Sie erheben Steuern von den Arbeitern in Form der Partei- und Gewerkschaftsbeiträge. (Gr. Mitt. b. d. Soz.) Aber wenn die Arbeiter für die Sicherheit ihres Vaterlandes steuern sollen, verlangen sie vollständig. (Lebh. Bravo! rechts, Gelächter b. d. Soz.) Dem Wehrbeitrag stimmen wir zu, ebenso der Anrechnung, über eventuelle Ueberschüsse Bestimmungen zu treffen. Weder dem Reich noch den Einzelstaaten steht ein Recht zu, die Fürsten zu besteuern (Widerpr. links). Zu prüfen wird sein, ob nicht auch die Arbeitergewerkschaften zum Wehrbeitrag herangezogen werden können. (Lachen b. d. Soz., Zuruf: Wurd der Landwirte!) Die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem Ertrage halten wir für gerechtfertigt, dagegen die Veranziehung der kleinen Vermögen für zu weitgehend. Wir können den Bundesstaaten unmöglich die letzte Steuerquelle, die Einkommensteuer, nehmen. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten muß so weit wie möglich gewahrt werden (Sehr richtig! rechts). Eine Reichserbschaftsteuer würde weniger einbringen als die vorgeschlagene Besitzsteuer. Das Erbrecht des Reiches kann unsere Billigung nicht finden. Weshalb eine Erbschaftsteuer zu schaffen, sollte man nicht den Familienzusammenhang noch mehr lockern. (Sehr richtig! rechts.) Die Erledigung der Deckungsvorlagen muß unbedingt zusammen mit der Bewilligung der Deere-vorlage erfolgen (Sehr richtig! rechts). Nur dann wird der Eindruck auf das Ausland nachdrücklich sein. Es wird großen Entgegenkommens auf allen Seiten bedürfen, an dem es auf unserer Seite nicht fehlen soll (Bravo! rechts). Die weitere Debatte wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluss: 7 1/2 Uhr.

### Kritik der Volksschule.

Im Dreiklassenhaus wurde am Donnerstag die Debatte über das Volksschulwesen fortgesetzt. Mit leiser, fast unhörbarer Stimme wandte sich der alte Fortschrittsmann Schuldirektor Ernst gegen die Anarisse, die der Zentrumsumbildeordnete Dr. Deß gegen den Deutschen Lehrerverein gerichtet hatte. Dr. Deß ist aber entsetzt über die Art, wie der Herr für die Lehrer so intensiv, daß sogar der Minister dies durch die kommenden Neuwahlen erklären zu sollen glaubte. Wenn das auch ein Vorgehen ist, das man sich in einem wirklichen Parlament nicht gefallen lassen brauchte, so hat gerade Herr v. Jedlitz das Dreiklassenhaus dahin gebracht, daß es ihm eine solche Kennzeichnung gern gönnt. Schließlich mögen das die Herren Troll und Jedlitz untereinander ausmachen!

In einer wohlüberdachten und durch dialektische Schärfe belebten Rede hob Genosse Vorwardt die Verhandlung aus den Tiefen der Gehaltsfragen auf das Niveau einer grundsätzlichen Kritik an der heutigen Volksschule. Er wies nach, daß in der vielgerühmten preussischen Volksschule noch furchtbare Mängel durch Ueberfüllung und Lehrermangel bestehen und daß das System der Autorität durch Zwang, keineswegs den Erfolg der Volksschule sichere. In wichtiger Volemum fertigte er dann einige Einwände ab, die Herr Deß im vorigen Jahre gegen das sozialdemokratische Schulprogramm gemacht hatte und auf die er weiterhin man damals Vorwardt verwehrt hatte. Ein Schlusssatz betonte die allgemeine Betsprechung und nach einer Donnerstags vertagte man die Weiterberatung des Kultusetats auf Freitag.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Die Fortbildungsschule im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen.

Es immer neuen Mitteln suchen die Behörden die Arbeiterorganisationen zu schädigen. Man geht sogar dazu über, in Schulordnungen den freien Fortbildungsschülern den Zutritt zu den freien Gewerkschaften zu verbieten. Glücklicherweise unterliegen diese Verbote der gerichtlichen Nachprüfung, und erst in den letzten Tagen hat das Schöffengericht in Schönlanke die Ungültigkeit solcher Kampfmittel gegen die Gewerkschaften anerkennen.

an einem Vergnügen der Zählstelle des Deutschen Hofarbeiterverbandes in Schönlanke teilgenommen, und die Behörden, hierin eine Uebertretung des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule Schönlanke und zugleich der dortigen Schulordnung, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafbescheid über 3 Mark zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin den Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung, der ausgesprochen ist, daß kein Fortbildungsschüler ohne Genehmigung des Schulleiters einem Verein angehören oder an Versammlungen eines solchen teilnehmen darf, lediglich von dem Leiter der Schule erlassen sei, nicht aber von den Gemeindeführern, denen allein nach der Gewerbeordnung das Recht zustehe, kantonarische Bestimmungen für die Fortbildungsschule zu erlassen. Vor allem aber rügte der Verteidiger, daß die erwähnte Bestimmung der Schulordnung gegen das Reichsvereinsgesetz verstoße, und daß Schulbehörden kein Recht hätten, über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes hinaus strafrechtliche Verbote gegen die Teilnahme von Schülern an Vereinen oder Vereinsversammlungen zu erlassen. Deshalb sei nicht nur die Freisprechung, sondern auch die Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse geboten.

Das Schöffengericht Schönlanke schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfang an, und das Ergebnis ist also, daß der Staat die Kosten dafür zu tragen hat, daß man den Versuch gemacht hat, durch unzulässige Mittel die Gewerkschaften zu bekämpfen.

**Orieg, 11. April.** Selbstmord im Entersuchungsgefängnis. Der Haushälter Alois Kollitz aus Oslau, der sich wegen Mordes im hiesigen Untersuchungsgefängnis befindet, hat sich am Mittwoch nachmittag in seiner Zelle erhängt. Am 20. Januar d. J. hatte er das im „Weinberg“ bei Oslau dienende 18 jährige Mädchen Hedwig Renner, seine Braut, mit dem Revolver erschossen. R. hat wiederholt Selbstmordversuche gemacht.

**— Ehrlicher Finder.** Ein hiesiger Fleischermeister hatte auf seiner Geschäftsreise im benachbarten Schwannowitz seinen Gelbeutel mit über sechshundert Mark Inhalt verloren. Ohne den Verlust zu ahnen, begab er sich in den dortigen Kreisbach. Später trat der Gemeindevote Findler ein und frug die anwesenden Gäste, ob einer der Herren etwas verloren hätte. Der Brieger Fleischermeister griff mit Schrecken in seine Tasche, die leer war. Erst jetzt merkte er den großen Verlust und belohnte den ehrlichen Finder sehr anständig.

**Oslau, 4. April.** Unglücksfall. Donnerstag nachmittag verunglückte der Arbeiter Troche aus Neu-Bergel, der beim hiesigen Schleusenbau beschäftigt war. Trache kam unter die Räder eines Waggons, wobei ihm der Kopf vom Kumpfe altat weggerannt wurde.

**Saarau, 11. April.** Schadenfeuer durch Brandstiftung. Am Donnerstag früh gegen 4 Uhr ging die Werkstatt des Tischlermeisters Seide in Flammen auf. Nur dem glücklichen Zufall, daß die Frau des Besitzers um diese Zeit zum Bäcker gehen wollte, ist es zu danken, daß die schnell herbeigerufene Feuerwehr noch mit Erfolg einrücken konnte. Trotzdem ist ein erheblicher Schaden entstanden. Wäre das Feuer später bemerkt worden, kann hätte es an den großen Holzvorräten noch reichliche Nahrung gefunden und unbeschreibliches Elend im Gefolge haben können. Wie uns gemeldet wird, hat ein Gehrling in drei Räumen zugleich den Brand angelegt um dadurch aus der Lehre zu kommen.

**Neu-Salzbrenn, 11. April.** Eine schlagfertige Frau. Einen recht sonderbaren Scherz beging am Sonntagabend im „Annoh“-Saale ein Mann an einer ihm gegenüber stehenden Frau, indem er diese mit einer Stecknadel stach. Der sich verlehnte aber auch seine Wirkung nicht. Die Frau, die vor Schmerz und Schrecken emporzuckte, beachte dem Manne diesen unvernünftigen Scherz zum größten Gaudium der Umstehenden mit einer schallenden Ohrfeige.

**Bunzlau, 11. April.** Als Leiche gefunden. Sonntag nachmittag war das dreijährige Söhnchen eines auf dem Dominium Neuen bediensteten Knechtes spurlos verschwunden. Vorgesekern früh fand man die Leiche des Kindes im Mähgraben an der Mühle.

**Ostlich, 11. April.** Wegen Beihilfe zum Münzverbrechen wurde die Gefangenen-Auffseherin Ludwiga vom hiesigen Schwurgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde durch die seit dem 6. Januar dauernde Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Frau Ludwiga hatte davon Kenntnis, daß ihr Mann und der Kunstmalter Adam falsche Hundertmarkcheine herstellten und in Umlauf brachten. Wegen des Münzverbrechens selbst ist Ludwiga vom hiesigen Schwurgericht zu zwei Jahren, Adam wegen desselben Delikts zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe wird gegenwärtig von beiden verbüßt.

**Biegenhals, 10. April.** Aus der Partei. Am Sonntagabend fand hier eine Versammlung des Wahlvereins statt, die leider nur von 18 Genossen und 3 Genossinnen besucht war. Aus dem gegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder von 25 auf 43 stieg. Die Wahl des Vorsitzenden wurde wegen innerer Streitigkeiten auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Als Kassierer wurde Genosse Josef Hoffmann, als Schriftführer Genosse A. Uebend gewählt. Hierauf ernannte Genosse Schollitz die Mitglieder, nicht durch feinklein persönliche Zänkereien das große allgemeine Ziel aus den Augen zu lassen. Sodann wurde der Saalpöfist einer Besprechung unterzogen, wobei lebhaft bedacht wurde, daß gesellschaftlich organisierte Arbeiter noch immer in gesperrten Lokalen verkehren. Die Mitglieder finden in Kennersschub bei Trankmann statt. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Hoffentlich geben die Genossen von Biegenhals nicht in sich und lassen allen persönlichen Haber beiseite. Darunter muß die junge Bewegung leiden.

**Bosen, 11. April.** Selbstmord eines Amtsrückers. In Samter hat sich in dem vor der Stadt liegenden See der in den 40er Jahren lebende Amtsrückter Diller ertränkt. Er soll die Tat in einem Unfall von Weistes umnachtung verübt haben.

**Thunelndahl, 11. April.** Kein Mord, sondern fahrlässige Tötung. Wegen Kindesmordes hatte sich vor den Geschworenen das Dienstmädchen Maria Benz aus Schönlanke zu verantworten. Die Angeklagte wurde beschuldigt, am 22. Januar d. J. ihr unehelich geborenes Kind vorzüglich getötet zu haben. Die Geschworenen verneinten die Frage nach vorsätzlichem Kindesmord und bejahten die nach fahrlässiger Tötung, worauf der Gerichtshof die Angeklagte zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte.

**Gnesen, 11. April.** Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den Lehrer Otto Barbed aus Striden, Kreis Gnesen, wegen Unterschlagung im Amte. J. verwaltete die dortige Postagentur und hatte durch Unterschlagung von Postanweisungen nach und nach gegen 3000 Mark veruntreut. Da er den Betrag indier zurückzahlte, in vollem Umfang geländig war und angab, sich in Not befunden zu haben, wurden ihm mildere Umstände zugebilligt. Er wurde der Unterschlagung in 10 Fällen für schuldig erachtet und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.